



Ladenschluss

S. 6

Sind gesetzlich bestimmte Öffnungszeiten ein Hemmnis für Wirtschaft und Verbraucher, oder gibt es keine Notwendigkeit zur völligen Freigabe?

Extremisten

S. 14

Die Wahlerfolge extremistischer Parteien alarmieren die Politik. Von den Fachleuten des NRW-Verfassungsschutzes wollte der Hauptausschuss wissen, wie sich das auf die kommende Landtagswahl auswirken könnte.

Verödung

S. 17

Mit der Schließung des Kaufhauses stirbt die Innenstadt - diese wenig erfreuliche Perspektive debattierten die Abgeordneten des Wohnungsbauausschusses vor dem Hintergrund der Schwierigkeiten des Karstadt/Quelle-Konzerns.

Schnellschreiber

S. 21

Aufmerksam, flink und genau - so arbeiten die Stenografinnen und Stenografen, die im Landtag die parlamentarischen Debatten dokumentieren. Einem von ihnen schaute die Parlamentszeitschrift über die Schulter.

Berlin, Potsdam, Düsseldorf - die englische Queen krönte ihren dreitägigen Staatsbesuch mit einer Visite in dem Bundesland, das mit tatkräftiger britischer Hilfe nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet worden ist. Erinnerung an diese Zeit und zuversichtlicher Blick in die Zukunft - damit kennzeichneten die Königin und ihr Gastgeber, Landtagspräsident Ulrich Schmidt, in ihren Reden Klima und Realität, die das freundschaftliche Verhältnis zwischen dem Königreich und Nordrhein-Westfalen in unseren Tagen bestimmen. Ein buntes und abwechslungsreiches Programm, das auch der menschlichen Begegnung genügend Raum ließ, informierte und amüsierte die Königin und Prinz Philip. Aus nordrhein-westfälischer Sicht die Bilanz der letzten Etappe: Erfolg auf der ganzen Linie (Seiten 11 bis 13).

Foto: Schälte

Wort und Widerwort:

Ist eine neue Schulstruktur die richtige Antwort auf PISA?

Das Schlagwort „Einheitsschule“ bewegt derzeit die Schuldebatte im Land. Für die Liberalen ist das eine „grüne Blitzableiterdebatte“, die vom Versagen ablenken soll. Die Sozialdemokraten sehen darin eine „Gespensterdebatte der CDU“. Sie bieten einen offenen Dialog über Bildungspolitik nach PISA an, weisen aber zugleich darauf hin, dass kein anderes Schulsystem als das deutsche die Kinder mit zehn Jahren so rigide auf drei unterschiedliche Schulformen aufteilt. Die Union ist anderer Ansicht: Das bestehende System müsse nicht zerschlagen, sondern verbessert werden. Für die Grünen hat sich erwiesen, dass integrative Schulsysteme am ehesten zum Erfolg führen (Seite 10).



**Besuch bei Freunden –
die Queen in Nordrhein-Westfalen**

Inhalt

Inhalt/Editorial	2	
Aktuelle Debatte um die Kultusministerkonferenz (KMK)	3	
Koalition will mehr Chancengleichheit	4	
<i>Neue gesetzliche Grundlage für Jugendförderung</i>		
Aktuelle Stunde zu Steuerpolitik in Land und Bund	5	
Einkaufen rund um die Uhr?	6	
<i>Landesparlamente entscheiden über Öffnungszeiten</i>		
Mehr fahrradfreundliche Kommunen	7	
<i>Außenhandelskonzept: Chancen des Exports stärker nutzen</i>	7	
Der Dichter als Taxichauffeur	8	
<i>Große Anfrage zur Lage der künstlerischen Berufe</i>		
NRW keine gentechnikfreie Zone	9	
<i>Debatte über Forschungs- und Wirtschaftsstandort</i>		
Wort und Widerwort	10	
<i>Ist eine neue Schulstruktur die richtige Antwort auf PISA?</i>		
Englische Queen würdigt die Verbindungen ihres Landes zu NRW	11	
Staatsbesuch: „Ein großer und schöner Tag“	12/13	
<i>Visite im Zeichen gegenseitiger Freundschaft</i>		
Abgeordnete analysieren Wahlergebnisse	14	
<i>Links- und Rechtsextremistische Gruppierungen gewinnen an Stimmen</i>		
<i>Innenausschuss bewertet Abschiebung Kaplans</i>	14	
WDR-Tochtergesellschaften: Prüfung durch den LRH?	15	
Demokratische Grundordnungen in islamischen Kulturzentren?	16	
<i>Windenergie auf dem Prüfstand</i>	16	
Debatte über die Ursachen und Folgen der Karstadt-Krise	17	
Aktuelles aus den Ausschüssen	18	
Verbund-Gehälter über Jahre zu hoch	19	
<i>Bike and Ride – Projekt bikey</i>	19	
Vision: EU-Beitritt der Türkei	20	
<i>Zustimmung und Vorbehalte</i>		
Stenografen zeichnen den parlamentarischen Redealltag auf	21	
Aus den Fraktionen	22	
Porträt der Woche: Dr. Stefan Grill (FDP)	23	
<i>FCL: Guter Fußball für einen guten Zweck</i>	23	
Impressum	23	
Geburtstage und Personalien	24	

Höchst erfreute Queen im Landtag

Siebzig Meter roter Teppich vor dem Landtag. 15 weiße Mäuse fahren vor. Ihre Majestät Elizabeth II Königin des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland steigt aus. Kamelhaarfarbener Mantel, der dazu passende Hut. Direkt nach ihr kommt Seine Königliche Hoheit Prinz Philip Herzog von Edinburgh aus dem Bentley heraus. Draußen jubeln rund 1.000 Menschen.

Landtagspräsident Ulrich Schmidt und Ehefrau Marlies stehen bereit, um die Königin und ihren Mann in Empfang zu nehmen. Blitzlichtgewitter, Kameraklicken. 200 Journalisten warten auf die Ankunft Ihrer Majestät.

Für Präsident Ulrich Schmidt, für das ganze Parlament, ist es eine hohe Ehre, dass die britische Königin zur Festveranstaltung in den Landtag kommt. 39 Jahre nachdem sie das letzte Mal offiziell in der Landeshauptstadt war.

700 GÄSTE, 200 JOURNALISTEN

Ihr Gefolge ist groß: eine britische Delegation, britische Presse, der britische Generalkonsul, der Landtagspräsident, der Ministerpräsident, Botschafter und viele Prominente. Erwartet wird sie von allen Abgeordneten, insgesamt 700 Gäste befinden sich im Landtag.

Etlche Staatsmänner haben sich schon in das Gästebuch des Landtags eingetragen: So zum Beispiel Arafat und Gorbatschow. Jetzt wird das Buch auch durch die Unterschriften von Elizabeth II und Prinz Philip gekrönt.

Ihr zu Ehren spielen die Bergischen Symphoniker aus Remscheid/Solingen „Pomp and Circumstance“ von Edward Elgar. Welch ein Empfang! Alle erheben sich von ihren Sitzen, als die Queen den Plenarsaal betritt. Drei kurze Reden: Präsident Ulrich Schmidt spricht von „Freundschaft“, Ministerpräsident Peer Steinbrück redet über „die vielen Schulpartnerschaften“, die Königin selber lobt die wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Bevor alle Gäste den Plenarsaal verlassen, schaut sich die Königin das Engagement britischer Investoren in NRW an. Sie ist beeindruckt.

Bei ihrem Weg aus dem Landtag lernt sie drei junge Schülerinnen und Schüler aus einem Düsseldorfer Gymnasium kennen, die mit neuester Handytechnik live nach London kommunizieren. Und kurz bevor sie das Haus verlässt, überreichen ihr zwei Essener Kinder noch rote Rosen. Dann fährt sie Richtung Ständehaus.

Ein großer Moment fürs Parlament, ein wichtiger Schritt für Europa. **SH**

Aktuelle Debatte um die Kultusministerkonferenz (KMK)

„Griechische Landschildkröte im Galopp“

War der niedersächsische Ministerpräsident „von allen guten Geistern verlassen“, als er die Mitgliedschaft seines Landes in der KMK in Frage stellte oder ist sein Schritt notwendig zur Optimierung dieses Gremiums? Dem sollte die aktuelle Stunde am 7. Oktober auf die Spur kommen. SPD und Grüne hatten sie beantragt. Thema: „Kultusministerkonferenz reformieren und erhalten – Einheitliche Bildungschancen und Lernbedingungen bleiben das Ziel der länderübergreifenden Zusammenarbeit.“

Claudia Nell-Paul (SPD) störte an Wulffs Entscheidung, sie falle gerade in eine entscheidende Phase der Föderalismusdebatte, bei der es darum gehe, die Bildungspolitik für die Länder zu reklamieren. Da sei mehr Koordination gefragt und nicht weniger. Angesichts der Folgerungen, die PISA in Deutschland ausgelöst habe, verglich sie die KMK mit einer „griechischen Landschildkröte, die längst schon in einen Galopp übergegangen ist“.

Bernhard Recker (CDU) fand, das sei die Chance, die Optimierung der KMK in Richtung „flexibler, unbürokratischer und effektiver“ voranzutreiben.

Deutschland habe „keine Zeit mehr, auf eine Reform in Sachen Bildung zu warten“. Rot-Grün sei schuld, dass man mit dem Land am Ende der Tabelle stehe. Jeder Wettbewerb in der KMK sei verhindert worden.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, vermisste bei Wulff, dass er in der letzten Zeit sich mit irgendwelchen Reformschritten in der KMK hervorgetan habe. Er mache es sich zu einfach, den schwarzen Peter der KMK allein zuzuschieben. Sicher sei sie schwerfällig und verzögere Reformvorhaben in NRW. Darum: „Wir brauchen eine flotte, schlanke KMK, die Qualitätsanforderungen an die Bildungssysteme der einzelnen Länder stellt, aber nicht durch Detailvorgaben gängelt. Wir brauchen also ein Schnellboot statt einen Tanker.“

Ralf Witzel (FDP) stellte fest: „Wir brauchen eine völlig neue KMK.“ Die müsse viel

schlanker sein und die Länder weniger Geld kosten. Sie müsse die Anforderungen für hohe Bildungsqualität festsetzen, von denen nur nach oben abgewichen werden dürfe. Außerdem sei die KMK grundlegend zu demokratisieren und zu „parlamentarisieren“.

Manfred Degen (SPD) beschleunigte der CDU politische Blindheit und gab den Hinweis, dass mit der KMK auch der Standort dieses Gremiums, nämlich Bonn, ins Gerede komme.

Joachim Schultz-Tornau (FDP) warb für eine gestärkte Beteiligung der Parlamente: „Wir müssen gemeinsam alle Versuche abwehren, noch mehr Entscheidungen nach oben zu verlagern.“ Niemand wolle die KMK abschaffen, sondern sie nur auf ihre wirklich notwendigen Koordinierungsentscheidungen zurückführen.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) warnte vor dem Rückfall in „Kleinstaaterei, wenn die Föderalismusdebatte so dilettantisch und populistisch geführt wird“. Ihre Fraktion fordere die Konzentration der KMK auf länderübergreifende und schulformunabhängige Bildungsziele sowie auf die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen. Sie hoffe, dass Niedersachsen „noch einmal in sich geht“.

Schulministerin Ute Schäfer (SPD) qualifizierte die Kündigung des KMK-Verwaltungsabkommens als „verantwortungslos“ und als „blinden Aktionismus“. Es sei unmöglich, in der von Niedersachsen genannten Frist ein neues Abkommen zwischen 16 Ländern über das KMK-Sekretariat hinzubekommen. Auch sie sah Bonn als Sitz der KMK gefährdet. Das Schlimme an diesem „PR-Gag von Herrn Wulff“ sei, dass er in der Öffentlichkeit auch noch als gelungen wahrgenommen werde. Für Insider sei das aber nur „schade und dumm“.



Fotos: Schälte

Hannelore Kraft (SPD)

Manfred Kuhmichel (CDU)

Manfred Degen (SPD)

Joachim Schultz-Tornau (FDP)

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)

Wissenschaftsministerin Hannelore Kraft

(SPD) erinnerte daran, die KMK sei nicht nur für Wissenschaft und Schule, sondern auch Weiterbildung und Kultur zuständig: Ob Wulff jetzt statt einer nun vier Kommissionen haben wolle? Mit seiner Amokfahrt habe der niedersächsische Ministerpräsident sich wohl nur „im unionsinternen Kampf der Männerriege gegen Frau Merkel in Erinnerung bringen wollen“. Die KMK sei reformwillig und reformfähig, betonte sie und unterstrich den Anspruch auf Verlässlichkeit, den die Menschen haben, die im Bildungssystem lernen und arbeiten: Auf deren Rücken betreibe die Union „politische Rücksichtslosigkeit“.

Manfred Kuhmichel (CDU) hielt Rot-Grün vor, es wolle an der längst überholten Gremienbürokratie, an der eigenen Reformunwilligkeit und an überkommenen Strukturen festhalten. So wie sie jetzt sei, erweise sich die KMK als nicht handlungsfähig.

Bernd Flessenkemper (SPD) führte aus, SPD und Grüne hätten mit dem Gesetzentwurf den Wunsch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kinder- und Jugendarbeit in NRW nach mehr Planungssicherheit erfüllt. Das Gesetz bewirke das Zusammenwirken von Trägern der Jugendhilfe mit den Schulen und fördere die Chancengleichheit durch gezielte Mädchen- und Jungenarbeit. Die Oppositionsfractionen hingegen trügen „nichts zur Sicherung der Jugendarbeit bei“, sondern verharren in „ihren grundsätzlichen Ritualen und

bewirke das Gesetz die Vernichtung von Arbeitsplätzen und die Zerstörung der Strukturen in der offenen Jugendarbeit.

Christian Lindner (FDP) strich die zahlreichen inhaltlichen Übereinstimmungen des Gesetzentwurfes von SPD und Grünen mit dem seiner eigenen Fraktion heraus. Uneinigkeit bestehe jedoch „in dem wesentlichen politischen Schwerpunkt, nämlich was in welcher Höhe gefördert wird“. Der Jugendarbeit in NRW stehe eine finanzielle Achterbahnfahrt bevor und

ein Anliegen einzutreten. Der Doppelhaushalt gestalte die notwendigen Kürzungen sozialverträglich. Die FDP hingegen verspreche „das Blaue vom Himmel“ bei gleichzeitigen Steuersenkungen. Die Grünen hingegen hätten sich an das Machbare gehalten. Jugendhilfe und Schule gegeneinander auszuspielen sei „eine Debatte von vorgestern“. Sie vertrete die Überzeugung, dass die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule ein „Win-win-Projekt“ darstelle und die CDU „mit ihrer Schwarz-Weiß-Malerei keinen Beitrag zur Lösung der realen Probleme vor Ort“ leiste.



Koalition will mehr Chancengleichheit

Opposition befürchtet Vernichtung von Arbeitsplätzen

Obwohl der Doppelhaushalt 2004/05 Kürzungen im Bereich der offenen Jugendhilfe vorsieht, soll das von SPD und Grüne vorgestellte Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfeplan die dauerhafte Förderung der Jugendarbeit in NRW festschreiben und gleichzeitig die Förderungsinfrastruktur erhalten. Dies hatte auch eine Volksinitiative gefordert. Die Opposition kritisierte, die Koalition wolle Schule und Jugendhilfe dauerhaft zusammenlegen, wodurch Arbeitsplätze vernichtet und die Strukturen der freien Träger zerstört würden.

Positionen“. Es wäre unklug gewesen, nochmals in allen Politikbereichen Einsparungen von mehr als 20 Millionen Euro vorzunehmen, wie die CDU es fordere.

Thomas Mahlberg (CDU) kritisierte die vorgesehenen Kürzungen sowohl in der offenen Jugendarbeit als auch bei den Jugendverbänden. Die CDU habe Vorschläge zur Umschichtung des Haushalts vorgelegt, die Regierungsparteien seien ihnen in diesem Punkt jedoch nicht entgegen gekommen. Anlass zur Sorge gebe der CDU außerdem die Frage der Eigenständigkeit von Jugend und Schule. Die Koalition wolle „immer mehr Aktivitäten der Jugendhilfe in den Bereich Schule verschieben, damit die Pädagogen aus der Jugendförderung die Arbeit der Schule übernehmen“. Insgesamt

die Förderhöhe werde der Realität im Lande nicht gerecht. Als wenig Erfolg versprechend bewertete Lindner das Vorhaben der Koalition, durch das Einfügen des Paragraphen 21 in das Landesjugendfördergesetz die Förderungsinfrastruktur zu sichern. Dies sei wie „mit leeren Wassereimern Feuer löschen“. Es sei „so schlicht wie traurig“, dass es nach dem Willen der Koalition in wenigen Jahren keine Jugendeinrichtungen in NRW mehr geben werde, obwohl mehr für die Förderung junger Menschen getan werden müsse.

Sybille Haußmann (GRÜNE) fand, es sei ein „guter Tag für die Jugend in NRW“ und „für die Demokratie in unserem Land“, da die Initiatorinnen und Initiatoren der Volksinitiative bewiesen hätten, dass es sich lohne, für

Jugendministerin Ute Schäfer (SPD), zeigte sich hoch zufrieden mit dem Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen, welche die Kinder- und Jugendarbeit in NRW gesetzlich verankere. Nicht nur erhielten die Träger der Jugendhilfe mehr Planungssicherheit, sondern außerdem würden auch die Kommunen in die Pflicht genommen, ohne dass damit zusätzliche Belastungen verbunden seien. Durch die engere Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe entstünden Synergieeffekte zum Wohl der Kinder und Jugendlichen. „Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass ‘immer mehr’ einfach nicht geht.“ Hier gehe es auch um ein Stück Ehrlichkeit in der Debatte. „Ihre Finanzierungsvorschläge waren völlig unsolid“, kritisierte sie die Opposition. „Geholfen hätten Sie damit niemandem.“

Von Wackel-Dackeln und Diegel-Beaglen

Aktuelle Stunde zu Steuerpolitik in Land und Bund

Höhere Steuern schaden Wirtschaft und Bürgern. Um die Koalitionsfraktionen an diese Formel „zu erinnern“, hatten CDU und FDP in der Landtagsitzung Anfang Oktober eine aktuelle Stunde zur Steuerpolitik beantragt. Sieben Monate vor der Landtagswahl und in Zeiten leerer Kassen entspann sich eine heiße und farbige Debatte.

Helmut Diegel (CDU) zitierte den Geschäftsbericht der Bundesregierung: „Weniger Steuern beleben Konsum und Investitionstätigkeit.“ Das aber hätten die Grünen nicht verstanden, verwies er auf deren Bundesdelegiertenkonferenz-Beschluss, die Erbschaftssteuer zu erhöhen und die Vermögenssteuer wieder einzuführen. Auch von der SPD, mutmaßte Diegel, komme die nächste Steuererhöhung bestimmt. So wolle der rheinland-pfälzische Ministerpräsident und SPD-Bundesvorsitzende Kurt Beck die Gesamtsteuerquote um ein Prozent erhöhen. NRW-Ministerpräsident Steinbrück sei der „steuerpolitische Wackel-Dackel“ des Landes. Die Union hingegen wolle in Sachen Erbschafts- und Vermögenssteuer keine Einführung und Erhöhung.

Gisela Walsken (SPD) konterte, der CDU-Finanzexperte Friedrich Merz habe zur Finanzierung seiner 102 Milliarden schweren Steuerreform gesagt: „Zur Not werden wir eben die Mehrwertsteuer erhöhen.“ Das bedeute dann zehn Prozent mehr Mehrwertsteuer, rechnete sie der CDU vor. In deren Leittrag „Wachstum, Arbeit und Wohlstand“ hingegen komme die Finanzpolitik nicht einmal vor. Er enthalte finanzpolitisch nichts als „Luftbuchungen“. Dafür aber ganz deutlich Konsequenzen wie Lohnkürzungen und entsprechende Änderungen in den die Arbeitslosigkeit betreffenden Bereichen. Walsken schloss, das Programm der CDU sei „ein Angriff auf die Arbeitnehmerrechte“.

Angela Freimuth (FDP) schlug die Brücke zwischen Steuerpolitik und Arbeitslosenzahlen: Ein entscheidender Regulator für die Rentabilität von Investitionen und damit auch für die Schaffung neuer Arbeitsplätze sei die Belastung durch Steuern und Abgaben. Und da

nähmen die nominalen Steuersätze in Deutschland im internationalen Vergleich Spitzenplätze ein, bedauerte sie. Es fehle in diesem Land an Klarheit, Planbarkeit und Perspektive. Das führe zu Konsumstau und gefährde weitere Arbeitsplätze, wie Karstadt-Quelle zeige. Kritik übte die Liberale vor allem an den Grünen: „Grün steht für niedriges Wirtschaftswachstum und hohe Arbeitslosigkeit. Gerade in der derzeitigen Lage ist die Ver-

mögensteuer ein sehr gefährliches Instrument“, urteilte sie und forderte von der Landesregierung ein klares Nein.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, warf der Opposition vor, „sie wisse nicht, was sie wolle und ‚schwätze‘ hier über Ausgaben“, die sie tätigen wolle. Aber sie tue nichts auf der Einnahmeseite. Die Grünen, korrigierte sie ihre Vorredner, hätten auf ihrem Parteitag in Kiel keine konkrete Steuererhöhung beschlossen. Die Finanzpolitik der Grünen werde auch in liberalen Kreisen geschätzt, zitierte Löhrmann das FDP-Bundesvorstandsmitglied Wolfgang Kubicki. Zu einem modernen und nachhaltigen Steuerkonzept gehöre die Besteuerung großer Vermögen ebenso wie eine angemessene Besteuerung großer Erbschaften, verwies die Fraktionsvorsitzende auf ein ausstehendes Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Bewertung von Immobilien. „Spätestens dann müssen auch Sie Farbe bekennen.“

Finanzminister Jochen Dieckmann (SPD) gab sich literarisch: „Ich fasse das Ergebnis mit Shakespeare zusammen: Viel Lärm um Nichts. Mehr ist das doch nicht.“ Im Übrigen habe es der Ministerpräsident nicht nötig, „sich von Herrn Diegel-Beagle als Wackel-Dackel bezeichnen zu lassen“. Was die Vermögenssteuer angehe, verwies er auf eine gemeinsame Initiative mit Niedersachsen in 2002. Eine weitere mache unter den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen keinen Sinn. Im Bezug auf die Erbschaftssteuer sei man sich im Kreise der Finanzminister parteiübergreifend einig, „dass wir erst das Urteil des Bundesverfassungsgerichts abwarten“.



Fotos: Schälte

Montag bis Freitag:
9.00 - 19.00

Samstag:
9.00 - 18.00

Unser Restaurant Café

Montag bis Freitag:
8.30 - 18.00

Samstag
8.30 - 17.30

Wir Geschäftsführung erreichen Sie am besten über das Telefonbüro Turmbau

Einkaufen rund um die Uhr?

Auftaktdebatte zum Ladenschluss

Einkaufen rund um die Uhr? Haben Ladenschlusszeiten noch Sinn? Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom Juni diesen Jahres wird die Frage nach geregelten Öffnungszeiten demnächst von den Landesparlamenten zu entscheiden sein. Für CDU und FDP keine Frage: Schluss mit dem Ladenschluss - zumindest an Werktagen - fordern sie in getrennten Anträgen. Beraten werden die Drucksachen 13/6019 (FDP) und 13/6031 (CDU) bald im Ausschuss für Mittelstand, Wirtschaft und Technologie. Zum Auftakt der Debatte im Plenum machten Anfang Oktober alle Parteien ihre Ausgangspositionen klar.

Fotos: Schälte

Dr. Gerhard Papke (FDP) führte aus, das Ladenschlussgesetz aus dem Jahr 1956 passe nicht mehr in die Dienstleistungsgesellschaft des 21. Jahrhunderts. „Die bisherigen Trippelschritte bei der Verlängerung mit unterschiedlichen Ausnahmeregelungen reichen nicht aus“, argumentierte Papke mit der wirtschaftlich schwierigen Lage im NRW-Einzelhandel. Real sei der Umsatz gegenüber dem Vorjahr um 2,7 Prozent zurückgegangen – in einzelnen Sparten sogar um acht. Sogar die PDS sei da reformfreudiger als die Landesregierung, wandte sich der Sprecher gegen die angebliche Argumentation des Ministers, man brauche keine Liberalisierung, da der bisherige Zeitrahmen - an Werktagen bis 20 Uhr – gar nicht ausgeschöpft werde: „Verstehen Sie doch endlich, dass es darum geht, dass sich der Staat zurücknimmt!“

Andrea Milz (CDU) ergänzte, der Verbraucher habe sich doch längst entschieden. Beleg hierfür seien vor allem die Zahlen des Internethandels: „Bei Ebay sind im Juni über 16 Millionen unterschiedliche Zugreifer registriert worden. 48 Millionen Produkte wurden in einem Quartal umgesetzt. Das kommt alles nicht von ungefähr.“ Den Versuch, das Thema in die Föderalismuskommission zu schieben, brandmarkte sie als „typische Ver-

zögerungstaktik“. Arbeitnehmerrechte, so Milz, würden übrigens nicht durch antiquierte Ladenschlussgesetze geschützt: „Das tun die tariflichen Regelungen und das Arbeitszeitgesetz.“ Aber ohne Ladenschluss hätten Arbeitnehmer „wesentlich mehr flexible Möglichkeiten, arbeiten zu gehen“.

Marc Jan Eumann (SPD) gestand „Bewegung in der Diskussion um das Ladenschlussgesetz“ zu. Es sei jedoch immer gut, einen Schritt nach dem anderen zu tun. Deshalb unterstütze die SPD die Überlegung, diese Frage mit in die Entscheidung über die Föderalismusreform einzubinden. Die Schwäche des vorliegenden Antrags sei, „dass Sie hier und heute einen Gesetzentwurf fordern, bevor wir die Kompetenz zur Verabschiedung eines solchen Gesetzes haben“, mahnte der SPD-Abgeordnete (noch) fehlende Vorgaben aus Berlin an. Eumann: „Wir werden das behandeln und die unterschiedlichen Interessen abwägen. Wir haben unterschiedliche Auffassungen in dieser Frage, weil wir auch die Beschäftigten im Blick haben.“

Rüdiger Sagel (GRÜNE) nannte die Position von CDU und FDP „nicht nur mittelstandsfeindlich, sondern

auch familienfeindlich“. Von einer solchen Liberalisierung würden insbesondere große Kaufhäuser und Standorte auf der grünen Wiese profitieren. „Die kleineren Läden können es sich nicht leisten, dauerhaft länger zu öffnen“, befürchtete Sagel und sah eine weitere Verödung der Innenstädte. 70 Prozent der 2,7 Millionen Beschäftigten seien Frauen und Alleinerziehende. „Wie soll zum Beispiel eine Übernachtbetreuung in Familien organisiert werden? All dies müssen Sie berücksichtigen. So kann es nicht gehen“, sprach er sich deutlich gegen eine Liberalisierung aus. Dem Koalitionspartner SPD bescheinigte er in dieser Frage eine „leider wacklige Haltung“.

Wirtschaftsminister Harald Schartau (SPD) entgegnete, der Ladenschluss sei „nicht in Granit geschlagen. Er kommt regelmäßig auf den Prüfstand“. Zusammen mit Händlern, Beschäftigten, den Städten und den Verbrauchern werde die Landesregierung überlegen: Müssen wir weitere Schritte machen, welche Einflüsse sind da, wo gibt es Veränderungsbedarf? Jeder in NRW könne sich

darauf verlassen, „dass wir Regelungen finden, die vorher besprochen werden. Wir wollen unsere Regelungskompetenzen in diesem Bereich erhalten“. Dazu müsse man aber erst einmal die Regelungskompetenz abwarten. Auch könne es nicht sein, „dass wir im Vergleich zu anderen Ländern zu unterschiedlichen Regelungen kommen“, betonte der Minister.

Samstag bis 18 Uhr geöffnet

Mehr fahrradfreundliche Kommunen

Antrag streicht Fortschritte im Land heraus

„Der Landtag Nordrhein-Westfalen stellt fest, dass die Landesregierung seit mehr als 25 Jahren dem Radverkehr einen besonderen Stellenwert eingeräumt hat und Nordrhein-Westfalen inzwischen das Fahrradland Nummer 1 in Deutschland ist.“ Diese Einschätzung findet sich im rot-grünen Antrag „Das Fahrrad als Verkehrsmittel stärken!“ (Drs. 13/6039), den der Landtag im vorigen Monat beraten und einstimmig an den Verkehrsausschuss überwiesen hat.

Karl-Heinz Haseloh (SPD) rühmte die Rolle des Fahrrads: Es stehe noch vor dem öffentlichen Personennahverkehr auf Platz drei der Mobilitätsskala. Weil sie umweltpolitisch, verkehrspolitisch, gesundheitspolitisch und verteilungspolitisch wichtig sei, dürfe man die Radverkehrspolitik nicht unterschätzen. Darum sei zu fragen: Was wird für das Fahrrad getan, was kann verbessert werden?

Oliver Keymis (GRÜNE) meinte zur Leistungsbilanz: „Alles im grünen Bereich.“ Aber das Erreichte lasse sich noch deutlich steigern, um den Radverkehr auf die Überholspur zu bringen. Die CDU sollte sich für eine konsequente Förderung des Radverkehrs einsetzen,

riet er, „vor allem in den Städten“. Aber da Sorge sie eher für Abbau oder Rückbau von Einrichtungen.

Bernhard Schemmer (CDU) fand „viele schöne Sprüche“ und fragte: „Wie aber sieht die Realität aus?“ Hier seien die Landesmittel zur Förderung des kommunalen Radwegebaus von 1990 bis 2004 um 40 Prozent zurückgegangen. Zehn Millionen für den Radwegebau an Landesstraßen seien 1997 erreicht worden. Schemmer: „Von da an ging es bergab.“

Dietmar Brockes (FDP) wandte gegen den an sich begrüßenswerten Antrag ein, er enthalte nichts zur Finanzierung. Es sollten noch mehr

Städte und Gemeinden für den Arbeitskreis fahrradfreundlicher Kommunen gewonnen werden. Mehr privatwirtschaftlich betriebene Fahrradstationen seien aufzubauen und die Landesregierung sollte in ihrer angekündigten integrierten Verkehrsplanung auch das Fahrrad berücksichtigen.

Verkehrsminister Dr. Axel Horstmann (SPD) meinte, ein Radverkehrsanteil von 25 Prozent sei im Land zu erreichen, dann aber müsse die jeweilige Stadt „mitspielen“. Allerdings seien die Anstrengungen höchst unterschiedlich. Dabei würden Kommunen, die sich für die Förderung des Radverkehrs engagierten, „uns immer als Partner an ihrer Seite finden“. Am Geld liege es nicht, die ins Visier genommene Zahl von 100 Stationen im Land zu realisieren. Auch viele Radwege scheiterten nicht an Landesmitteln. Horstmann: „Es wäre schön, wenn sich alle Kommunen Nordrhein-Westfalens zu einer fahrradfreundlichen Politik bekennen würden.“

Chancen des Exports stärker nutzen

NRW schärft sein Außenhandelskonzept

Die Bedeutung Nordrhein-Westfalens als Exportland soll gestärkt werden. Dies ist Tenor des rot-grünen Antrags (Drs. 13/6036), der dazu aufruft, mit Unternehmen und Beschäftigten die Chancen der Globalisierung zu nutzen. Der Antrag wurde erörtert und vom Plenum an den Wirtschaftsausschuss überwiesen.

Professor Dr. Gerd Bollermann (SPD) sagte, das Außenwirtschaftskonzept der Landesregierung solle gestärkt, dabei aber flexibel angepasst und dynamisch fortgeschrieben werden. Ziel: Genauere Justierung und gezielter Einsatz der Instrumente. Kleine und mittlere Unternehmen sollten über ein Beratungsangebot mehr Impulse und Orientierungshilfe erhalten. Mit den Zielländern sollten mehr Netzwerke geknüpft werden.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) fand, bei der Zwischenbilanz des Außenwirtschaftsantrags aus dem Jahr 2001 seien viele Forderungen umgesetzt worden. Aber bei Ökoeffizienz und Ressourcenproduktivität gebe es noch Nachbesserungsbedarf.

Christian Weisbrich (CDU) hielt nichts von Schönfärberei: Der Antrag sei „nichts als eine

Plattform, die Landesregierung auf einem Feld zu feiern, auf dem es ansonsten nichts zu feiern gibt“.

Dr. Gerhard Papke (FDP) mahnte mehr Seriosität an: Wenn man 18,2 Prozent NRW-Anteil an den deutschen Exporten lobe, dann müsse man auch sagen, dass der NRW-Anteil am Bruttoinlandsprodukt höher liege, nämlich bei über 22 Prozent.

Wirtschaftsminister Harald Schartau (SPD) erklärte, man wolle nichts schönreden, sondern überlegen: Was können wir Neues machen? Hier wies er darauf hin, dass ein Fünftel des Außenhandels Deutschlands mit den neuen EU-Beitrittsstaaten aus NRW komme: „Bis Ende 2002 erhöhte sich in nur fünf Jahren der Umfang der Exporte NRWs in dieser Region um 50 Prozent auf neun Milliarden Euro.“

Partnerschaft und Freundschaft zwischen dem Baskenland und Nordrhein-Westfalen sollen weiter ausgebaut werden – diesem Zweck diene der Besuch des baskischen Vizeministers für Erziehung, Abel Ariznabarreta (L) im Landtag, wo er von Vizepräsidentin Edith Müller (r.) empfangen wurde. Die Vizepräsidentin sah es als gemeinsames Ziel an, „die Stärken unserer Regionen in den weiteren Prozess der Europäisierung einzubringen“.

Foto: Schälte



Der Dichter als Taxichauffeur

Große Anfrage zur Lage der künstlerischen Berufe

Brotlose Kunst? Tatsächlich können nur zwei bis drei Prozent aller Künstler von ihrer künstlerischen Tätigkeit leben. Der Rest arbeitet nebenher in einem bürgerlichen Beruf, gibt Kurse an der Volkshochschule oder fährt Taxi. So zumindest schätzte die Gewerkschaft ver.di in 2003 die Situation von Malern, Musikern und Literaten ein. Die CDU wollte es genau wissen und wandte sich mit einer großen Anfrage an die Landesregierung. Über die Antwort (Drs. 13/5662) diskutierte Anfang Oktober der Landtag.

Manfred Palmen

(CDU) kritisierte die Unverbindlichkeit der allermeisten Antworten, zeigte sich jedoch erschrocken über die inhaltlichen Ergebnisse: „Die Einkünfte liegen nur knapp über dem Sozialhilfeniveau. Das Rentenniveau liegt nach 40 Beitragsjahren bei monatlich 384 Euro.“ Außerdem steige die Arbeitslosigkeit im Vergleich dramatisch an, bemühte Palmen die Statistik von 1998 bis 2003: Bei den Arbeitnehmern allgemein fünf, bei den



Manfred Palmen (CDU)

Künstlern 47 Prozent. „Die Frage ist, was wir konkret unternehmen? Lässt sich vielleicht gemeinsam mit dem Bund und den anderen Bundesländern ein Weg finden“, mahnte der CDU-Abgeordnete. Sonst müssten die Folgen später über die Sozialhilfe aufgefangen werden. Ein erster Schritt könne der Bürokratieabbau im Bereich der Künstlersozialkasse sein, verwies er auf einen CDU-Antrag, hier sei der Abgrenzungskatalog der Spitzenverbände zu überarbeiten.

Dr. Karsten Rudolph (SPD) konterte, die Anfrage der CDU hinke hinter der seit Jahren geführten Diskussion über Künstler zwischen Autonomie und sozialer Unsicherheit weit hinterher: Man müsse auch darüber sprechen, „wie man sie in ihrer selbst gewählten Lebensführung stärken kann“. Eine relative Ver-



Dr. Karsten Rudolph (SPD)

armung der erwerbstätigen Künstler führte Rudolph auch darauf zurück, „dass ihre absolute Zahl zwischen 1978 und 1995 um 70 Prozent gestiegen ist“. Dem und der Tendenz zum Selbstunternehmertum trage Rot-Grün durch eine Neuausrichtung der Kulturpolitik Rechnung, verwies der Sprecher auf diverse Förderprogramme wie StartART-Zirkel, die Einrichtung kultureller Gründerzentren, aber auch die mittelbare Förderkulisse von Landtag und Landesregierung. Außerdem sei „Kulturförderung nicht nur Aufgabe der öffentlichen Hand“, sondern „ebenso der Gesellschaft und insbesondere der Wirtschaft“.

Brigitte Capune-Kitka (FDP) kritisierte, sie habe nicht erwartet, „dass wir eine Auflistung der Förderprogramme unseres Ministeriums vorgelegt bekämen, die zum Teil bei den Künstlern überhaupt nicht an-



Brigitte Capune-Kitka (FDP)

kommen“. Für die Ausgestaltung von Rahmenbedingungen brauche man Daten und Zahlen – „und genau das hat diese Anfrage nicht gebracht, Herr Vesper“. Außerdem müsse man die Künstler hören, verwies die Abgeordnete auf ein Hearing im Bundestag: „Was dabei herauskam, war absolute Resignation.“ Lob gab es für das StartART-Programm. Was die soziale Absicherung von Künstlern angeht, hoffte die Rednerin auf den Bund. Der Landeskultur-

minister müsse in Bezug auf Netzwerke vorangehen.

Oliver Keymis (GRÜNE) zeigte auf, dass das Durchschnittseinkommen der Künstler in NRW mit 10.738 Euro pro Jahr „immerhin 538 Euro über dem Bundesdurchschnitt“ liege. Er teile aber die Erkenntnis der Landesregierung, dass es kulturpolitisch sinnvoll sei, mehr Finanzmittel zur Verfügung zu haben. „Nehmen wir uns also vor, alle gemeinsam den bescheidenen Kulturretat deutlich anzuheben“, appellierte er – nicht ohne einen Hinweis auf die klamme Haushaltslage in Land und Bund zu machen. Auf Distanz ging Keymis zur ablehnenden Haltung der Landesregierung in Sachen Ausstattungsvergütung. Auch wenn er die Angst vor einem Rückgang an Ausstellungsmöglichkeiten wegen steigender Kosten verstehe, sei die Idee doch zumindest „diskutabel“.



Oliver Keymis (GRÜNE)

Kulturminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) räumte ein, die soziale Lage der allermeisten Künstler sei „schlecht bis sehr schlecht“. Aber: „Natürlich versuchen wir mit unseren Programmen Hilfestellung zu leisten.“ Das Land, so der Minister, sei aber nicht Tarifpartner der Künstler und die Förderprogramme würden nicht nach Bedürftigkeit, sondern nach Qualität vergeben. Insgesamt, schloss der Minister, müsse sich NRW nicht verstecken.

Fotos: Schälte

Dr. Michael Vesper (GRÜNE)



Dreifache Freude: Dem FDP-Abgeordneten Ralf Witzel (r.) ist es gelungen, einen neuen Ausbildungsplatz zu schaffen. Annika Neumann (l.) ist die erste Auszubildende im Büro eines Abgeordneten; das war bisher nach den Richtlinien des Parlaments nicht möglich. Ab sofort können dank dieser Initiative auch andere Abgeordnete in ihren Parlamentsbüros Bürokaufleute ausbilden, wenn sie die fachliche Eignung dazu besitzen. Die Freude der jungen Neusserin Neumann teilt auch Landtagspräsident Ulrich Schmidt, der den Vorstoß Witzels mit Genugtuung zur Kenntnis genommen und unterstützt hat. Der Präsident: "Zusammen mit dem Abgeordneten bin ich der Meinung, dass auch die Politik auf dem Feld der Ausbildungsförderung positive Akzente setzen soll." Foto: Schälte

Dr. Ingo Wolf, FDP-Fraktionsvorsitzender, verlangte ein Ende der Blockadepolitik durch die Landesregierung. Die Gentechnik könne nicht nur neue Diagnose- und Therapiemöglichkeiten, sondern auch Chancen zur Bekämpfung des Welthungers eröffnen. Die Gentechnik sei eine Boombranche, welche Arbeitsplätze und Wachstum für NRW generieren könne. Die Grünen betrieben nicht nur „ideologische Totalblockade“, sondern auch „Verunsicherungspolitik gegenüber der Bevölkerung“, indem

aliation zu treiben“, indem sie das Thema Gentechnik erneut auf die Tagesordnung setze. Bereits im Juli sei der Antrag von SPD und Grünen „Biotechnisches Innovationsland NRW“ beraten worden. Es könne keine Rede davon sein, dass die Landesregierung NRW zur gentechnikfreien Zone machen wolle. Dies sei eine üble Unterstellung, urteilte er. Der Abwanderung von Wissenschaftlern aus NRW in die USA sei erfolgreich entgegengewirkt worden. Im Bereich Lebensmittelenzyme seien in NRW mehrere Firmen erfolgreich tätig. „Wenn wir die Dinge überreglementieren, riskieren wir einen blockierten Fortschritt.“ Daher seien die Regelungen, die in

Forderung der FDP, die Forschung an humanen embryonalen Stammzellen zuzulassen. Leitbild der Forschung solle nicht der zu erwartende Nutzen, sondern die Würde des Menschen sein. Die wirtschaftliche Begründung der Freigabe der Forschung an embryonalen Stammzellen empfände er, Brinkmeier, als „eine unmoralische Haltung“.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) erklärte, die Grünen hätten keine Probleme damit, dass gentechnische Verfahren mittlerweile zum Standard gehörten. Jedoch sei der Nutzen für die Diagnostik zweifelhaft. „Man muss auch einmal Nein sagen können zu neuen Möglichkeiten, wenn sie bislang völlig ungeregt sind. Auch dann, wenn sich mit solchen Verfahren der eine oder andere Euro verdienen lässt“, fand sie. Der Sieg der Gentechnik über den Hunger in der Welt sei ein „Uraltargument“. Die tatsächlichen Erfahrungen hätten gezeigt, dass die Handelnden eben nicht das Wohl der Armen in ländlichen Regionen im Blick hätten. Das Gentechnikgesetz der bundesdeutschen Landwirtschaftsministerin sei „ein gutes Gesetz im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher“. Die Grünen sähen keine Notwendigkeit für die von der FDP geforderte Initiative.

Forschungsministerin Hannelore Kraft (SPD) stellte fest, dass NRW im Bereich der Stammzellenforschung an der Spitze liege. Mehrere der erfolgreichsten Biotechnologieunternehmen seien aus NRW-Universitäten ausgegründet worden. Weiterhin sei der Raum Köln-Bonn im BioRegio-Wettbewerb 1995 als eine der drei stärksten Bio-Regionen Deutschlands identifiziert worden. „Diese führende Position wurde von der Landesregierung gemeinsam mit den Regionen insbesondere durch den Aufbau von universitätsnahen Unternehmensclustern erreicht.“ Die Landesregierung stelle sich seit Jahren erfolgreich der Herausforderung, die Biotechnologie verantwortungsvoll zu nutzen und gleichzeitig auch die Risiken zu begrenzen.

NRW keine gentechnikfreie Zone

Liberaler sehen Blockadehaltung bei Rot-Grün

Das Bundesgesetz zur Neuordnung des Gentechnikrechts ist im Sinne der EU-Freizetzungsrichtlinie zu korrigieren, um das Land zum Vorreiter auf dem Gebiet der Gen- und Biotechnologie zu machen. Dafür soll sich die NRW-Landesregierung einsetzen, verlangt die FDP-Fraktion in ihrem Antrag „Forschungs- und Wirtschaftsstandort NRW stärken – Bio- und Gentechnik fördern“ (Drs. 13/6026). Anfang vergangenen Monats hat der Landtag den Antrag beraten und einstimmig an den federführenden Ausschuss für Wissenschaft und Forschung überwiesen.

sie die Biotech-Branche als eine Art Geheimorganisation darstellten, die die Verbraucher angeblich zum Konsum kontaminierter Nahrungsmittel zwingt. Wolf forderte den Ministerpräsidenten auf, im Bundesrat dafür zu sorgen, dass das Gesetz der Bundesregierung in einer „vernünftigen forschungsfördernden Art zur Geltung kommt“.

Werner Bischoff (SPD) kritisierte, die FDP verfolge die Absicht, einen „Spaltpilz in die Ko-

Berlin diskutiert würden, „ausgesprochen kritisch zu hinterfragen“.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) erörterte die Gründe der CDU für die Ablehnung des FDP-Antrags. Es sei richtig, dass der Forschungs- und Wirtschaftsstandort NRW gestärkt werden müsse. „Wir fordern die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für eine chancenorientierte Fassung des Gesetzes zur Neuordnung des Gentechnikrechts einzusetzen“, so der Abgeordnete. Der Grund für die Ablehnung des Antrags sei jedoch die



VON MANFRED DEGEN (SPD)

Es gibt in Deutschland weder eine „neue Schulstruktur“, noch eine einheitliche „alte Schulstruktur“. Die neuen Bundesländer haben fast alle nur zwei Schulformen in der Sekundarstufe und die Koalition von SPD und CDU in Brandenburg will neben dem Gymnasium eine „Oberschule“ durch Zusammenlegung von Gesamt- und Realschule schaffen. Im Saarland hat die CDU die Dreigliedrigkeit hin zur Zweigliedrigkeit verändert. In Nordrhein-Westfalen will die CDU die Hauptschule und die Gesamtschule abschaffen und durch eine so genannte „Aufbauschule“ ersetzen. Ansonsten beschränkt sich die CDU auf eine Gespensterdebatte, in der sie der SPD unterstellt, auf „kaltem Wege“ in NRW die „Einheitsschule“ einführen zu wollen. Die Kampagne der CDU, die diese Unterstellung glaubhaft machen sollte, ist bereits jämmerlich gescheitert.

Die PISA-Ergebnisse über Schülerleistungen und Integrationsfähigkeit lassen Rückschlüsse auf die Effizienz unterschiedlicher Schulsysteme zu. Allerdings werden Vergleiche auch dadurch erschwert, dass es außerhalb Deutschlands kein Schulsystem gibt, das die Kinder im Alter von zehn Jahren so rigide auf drei unterschiedliche Schulformen aufteilt. Selbst in Österreich und in den meisten Kantonen der Schweiz – sowie bereits in sechs Bundesländern – gibt es im Sekundarbereich nur noch zwei Schulformen.

Die SPD bietet einen offenen Dialog über ihre Bildungspolitik und über ihre Reformansätze an.



VON BERNHARD RECKER (CDU)

Der Strukturstreit hat die Bildungspolitik in Deutschland für zwei Jahrzehnte gelähmt. Die Forderung nach einer neuen Schulstruktur lässt sich nicht mit den Ergebnissen der PISA-Studie begründen. Professor Baumert hat verdeutlicht: Ein distanzierter und sachkundiger Betrachter, der keine politischen Botschaften vermitteln will, kommt leicht zu dem Schluss, dass die Untersuchungsergebnisse keineswegs zu eindeutigen Urteilen über Vor- und Nachteile gegliederter oder einheitlicher Schulsysteme führen. Wir müssen nach PISA das bestehende gegliederte Schulsystem verbessern und nicht zerschlagen. Nicht eine neue Schulstruktur ist die Antwort auf PISA, sondern bessere Unterrichtsqualität und individuelle Förderung. Ein Systemwechsel mindert die Leistung. Aber eine weitere Leistungsminderung können wir uns in Nordrhein-Westfalen nicht mehr erlauben – schon heute sind wir weit abgeschlagen. Gerade auch die PISA-Verlierer verfügen über eine verlängerte gemeinsame Schulzeit, nicht nur Finnland oder Schweden.

Die Vielgliedrigkeit des deutschen Schulwesens und seine Anpassung an Besonderheiten in den einzelnen Bundesländern ist kein Nachteil, es ist ein Vorteil, weil wir so Kinder begabungsgerechter unterrichten können. Die Zauberwörter heißen:

individuelle Förderung, kleinere Klassen, verlässlicher, qualitativ hochwertiger Unterricht und nicht Einheitsschule.



VON RALF WITZEL (FDP)

Drei Jahre nach dem PISA-Schock hat sich die desolante bildungspolitische Situation unseres Landes leider immer noch nicht verbessert. Rot-Grün hat sich als handlungsunfähig erwiesen, notwendige Qualitätsverbesserungen umzusetzen. Das ist das große Versäumnis nach PISA. Die grüne Blitzableiterdebatte pro Einheitsschule löst aber keines der bestehenden Bildungsdefizite. Dieser ideologische Streit über alternative Schulstrukturen hat nur zu großer Verunsicherung bei den Schulen vor Ort, bei Schülern und Eltern sowie Lehrern geführt. Bestehende Unklarheiten müssen daher schnellstens durch ein Signal der Verlässlichkeit für ein auch zukünftig differenziertes Schulangebot beseitigt werden. Jede einzelne Schulform verfügt über ihren spezifischen Bildungsgang und nimmt ihren speziellen Bildungsauftrag im Gesamtsystem wahr.

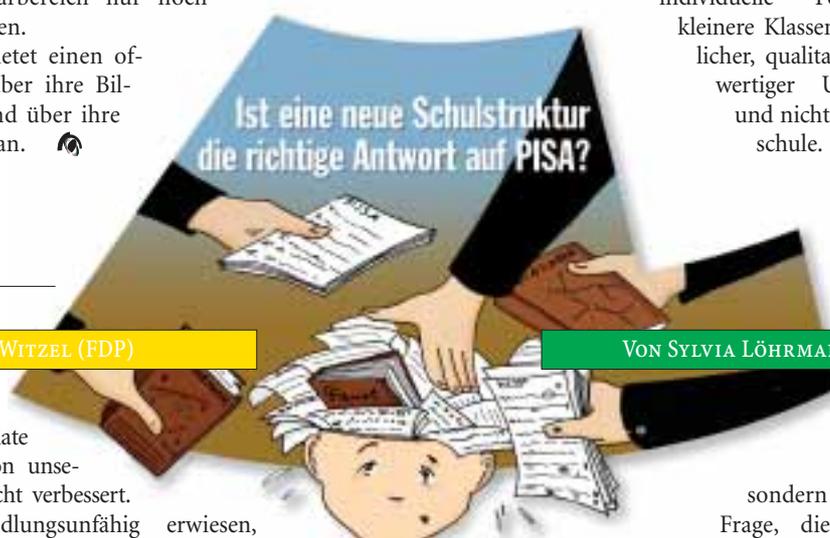
Anstelle eines unfruchtbaren Schulstreits müssen Unterrichtsbedingungen und Unterrichtsqualität unverzüglich und nachhaltig verbessert werden. Wir brauchen sofort qualitative Verbesserungen in der Lehrerbildung, bei der Methodik und der Didaktik des Unterrichts und ein besseres Schulklima, das die Lernmotivation fördert. Wir müssen dazu die notwendigen Ressourcen bereitstellen, um mehr individuelles Lernen und eine zielgerichtetere Förderung jedes einzelnen entsprechend seiner Begabungen zu ermöglichen. Zudem benötigen wir im differenzierten System mehr Durchlässigkeit sowie valide Verfahren beim Übergang vom Primarbereich in die weiterführende Schule. Dies sind die eigentlichen bildungspolitischen Herausforderungen in Zeiten von PISA.



VON SYLVIA LÖHRMANN (GRÜNE)

Die Struktur eines Schulwesens ist kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck! Die Frage, die dabei im Mittelpunkt stehen muss, lautet, welche Bildungsziele unsere Schulen und mit ihnen unsere Gesellschaft erreichen möchten. Mehr Chancengleichheit und bessere Leistungen für Kinder und Jugendliche in der Spitze wie in der Breite sind der PISA-Studie zufolge oberstes Gebot. Wir brauchen – das machen uns vor allem die skandinavischen Länder vor – eine Offensive für individuelle Förderung und für eine Unterrichtsgestaltung, die das einzelne Kind in den Mittelpunkt stellt. Das gegliederte System leistet dies nicht und kann es auch nicht leisten, weil Selektionsmechanismen greifen, bevor individuelle Förderung eine Chance hat anzusetzen. Deshalb ist es Zeit, von erfolgreichen PISA-Ländern zu lernen, und diese zeichnen sich durch integrative Schulsysteme aus. Wir brauchen eine Schule der Vielfalt für alle Kinder, die bei den Unterschieden der Schülerinnen und Schüler ansetzt, ohne strukturelle Barrieren aufzubauen. Denn jede Art von institutioneller Barriere behindert erfolgreiches Lernen und Leistung erheblich. Wir müssen die Diskussion um die Schulstruktur ohne ideologische Scheuklappen in einer breiten Öffentlichkeit führen, um eine Kultur in den Schulen zu etablieren, die auf Förderung statt Auslese setzt und damit Grundvoraussetzung für eine leistungsorientierte Schule der Vielfalt für alle Kinder ist.

Die Struktur eines Schulwesens ist kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck! Die Frage, die dabei im Mittelpunkt stehen muss, lautet, welche Bildungsziele unsere Schulen und mit ihnen unsere Gesellschaft erreichen möchten. Mehr Chancengleichheit und bessere Leistungen für Kinder und Jugendliche in der Spitze wie in der Breite sind der PISA-Studie zufolge oberstes Gebot. Wir brauchen – das machen uns vor allem die skandinavischen Länder vor – eine Offensive für individuelle Förderung und für eine Unterrichtsgestaltung, die das einzelne Kind in den Mittelpunkt stellt. Das gegliederte System leistet dies nicht und kann es auch nicht leisten, weil Selektionsmechanismen greifen, bevor individuelle Förderung eine Chance hat anzusetzen. Deshalb ist es Zeit, von erfolgreichen PISA-Ländern zu lernen, und diese zeichnen sich durch integrative Schulsysteme aus. Wir brauchen eine Schule der Vielfalt für alle Kinder, die bei den Unterschieden der Schülerinnen und Schüler ansetzt, ohne strukturelle Barrieren aufzubauen. Denn jede Art von institutioneller Barriere behindert erfolgreiches Lernen und Leistung erheblich. Wir müssen die Diskussion um die Schulstruktur ohne ideologische Scheuklappen in einer breiten Öffentlichkeit führen, um eine Kultur in den Schulen zu etablieren, die auf Förderung statt Auslese setzt und damit Grundvoraussetzung für eine leistungsorientierte Schule der Vielfalt für alle Kinder ist.



Wirtschaftliche Verflechtung und freundschaftliche Bande

Englische Queen würdigt die Verbindungen ihres Landes zu NRW

Angelsächsische Missionare brachten das Evangelium ins Land. Die britische Besatzung nach dem Zweiten Weltkrieg sorgte für demokratische Verhältnisse. Englische Fabrikanten lieferten – unfreiwillig – die Blaupausen für die erste Textilfabrik Cromford auf dem europäischen Kontinent in Ratingen. Florence Nightingale, die spätere Heldin des Krimkriegs, absolvierte im Krankenhaus des Theodor Fließner in Kaiserswerth eine Ausbildung als Pflegerin. Nach seiner Karriere als Keeper für Manchester United, wo er als deutscher Kriegsgefangener hängen geblieben war, arbeitete die Fußballlegende Bert Trautmann als Trainer von Preußen Münster.

Man sieht: Die Verbindungen zwischen Großbritannien und dem Land, das sich nach 1945 Nordrhein-Westfalen genannt hat, sind Jahrhunderte alt und umfassend – politisch, wirtschaftlich, kulturell, sportlich und menschlich.

Sie kamen als Besatzer und wurden Freunde. Manchmal auch Ehemänner: Die britische Rheinarmee mit ihrem Hauptquartier in Mönchengladbach umfasst über 14.000 Soldaten und über 21.000 Menschen im zivilen Gefolge. Die Zahl der Ehen zwischen britischen Soldaten und deutschen Frauen hat noch niemand nachgezählt. 140 nordrhein-westfälische Städte und Gemeinden knüpften freundschaftliche Bande mit der Insel. In 133 weiterführenden Schulen im Land wird in Deutsch und Englisch unterrichtet. 27 Kooperationen gibt es auf dem Hochschulsektor. Und nicht nur der späte Abglanz der von frühen britischen Touristen begründeten Rheinromantik ließ im vergangenen Jahr über 300.000 mal ein britisches Haupt auf dem Kissen eines nordrhein-westfälischen Hotelbetts ruhen. Die wirtschaftlichen Verflechtungen sind eng.

TOCHTERFIRMEN

Zwischen Aachen und Höxter, Rheine und Siegen leben 60.000 britische Staatsbürger. Die Hälfte von ihnen ist bei den 300 Tochterfirmen britischer Unternehmen beschäftigt. Sie erwirtschaften einen Gesamtumsatz von etwa 20 Milliarden Euro im Jahr. Auf der anderen Seite verdanken 46.000 Menschen in NRW ihren Arbeitsplatz britischen Investitionen. Bei der wirtschaftlichen Kooperation belegt NRW den Spitzenplatz unter den Bundesländern. Unternehmer aus dem Vereinigten Königreich schätzen die zentrale Lage, die gute Infrastruktur und die hohe Qualifikation der

Menschen hier in NRW. Das Land im Herzen der EU ist eine gute Ausgangsbasis für überregionales und internationales Handeln – in Deutschland, Europa und weltweit.

Die Beziehungen zwischen NRW und dem Vereinigten Königreich sind keine Einbahnstraße. Acht Prozent der Exporte des Landes NRW gehen auf die Insel, von dort her kommen sieben Prozent der Gesamtimporte in unseren Raum. Auch nordrhein-westfälische Firmen investieren auf der Insel, sie schätzen den Standort als besonders unternehmerfreundlich und ausbaufähig, auch wenn Großbritannien, was den Euro angeht, noch abseits steht. Das hinderte aber 1.200 deutsche Firmen nicht daran, dort ihre Niederlassung zu errichten und bei den deutschen Tochtergesellschaften in Großbritannien eine Viertelmillion Arbeitsplätze zu bieten. Größte Investoren jenseits des Kanals sind aus NRW Bertelsmann, Degussa, Deutsche Post, Eon, Henkel, RWE, Telekom und ThyssenKrupp. Vor kurzem war Umweltministerin Bärbel Höhn in London, um die Zusammenarbeit beim Umwelt- und Klimaschutz – ein Thema, das beim Besuch der Queen in Deutschland eine wichtige Rolle gespielt hat – zu vertiefen und den Technologietransfer in den Bereichen Abfall- und Wasserwirtschaft sowie bei den Erneuerbaren Energien anzukurbeln.

Albrecht Dürer im British Museum, Max Beckmann in der Tate Modern – deutsche bildende Kunst ist stets ein Magnet fürs britische Publikum. Auf der anderen Seite genießt im gesamten englischen Sprachraum eine Einrichtung des Landes NRW, das Europäische Übersetzerkolleg in Straelen, großes Ansehen. Was in den Buchhandlungen als Bestseller verkauft wird oder auf der Bühne immer noch Furore macht, ist in diesem Haus am Niederrhein neu übersetzt worden – von Rosamunde Pilcher bis William Shakespeare.

Eheliche Bande
anno 1540 – Heiratsvertrag zwischen dem in Liebesdingen nicht unproblematischen englischen König Heinrich VIII – er ließ etliche seiner Ehefrauen hinrichten – und Anna von Kleve-Jülich-Berg. Die Ehe hielt nur kurz, Anna überlebte.

Foto: Schälte

Ein Nachbau des Globe Theatre des englischen Dichters Shakespeare steht in Neuss und lockt die Theaterfreunde der Umgebung an.

NACHBARSCHAFT

Bei ihrem Besuch im Landtag verweilten die Queen und Prinz Philip länger in der Ausstellung, mit der das Landesarchiv zwölf Jahrhunderte gelebte Nachbarschaft zwischen Großbritannien und NRW in ihrem ganzen Nebeneinander, Miteinander und Gegeneinander dokumentierte. Auf dieses Verhältnis ging die Queen auch in ihrer Rede vor dem Landtag ein: „Gegenseitige Investitionen, der wissenschaftliche Austausch und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen und Großbritannien sind heute schon so sehr Bestandteil unseres Alltags geworden, dass wir uns davor hüten müssen, dies alles als selbstverständlich zu nehmen. Darin zeigt sich deutlich, wie stark unsere Beziehungen inzwischen sind.“ JK

„Ein großer und schöner Tag für unser Land“

Visite im Zeichen gegenseitiger Freundschaft

Ein minutiös geplantes Protokoll – die Königin kostete es nur ein Lächeln, es über den Haufen zu werfen. Sie nahm sich Zeit. Sie genoss die Begegnung mit Menschen, führte ohne Eile ihre Gespräche und lauschte interessiert den Erläuterungen. Am Ende bedauerte es niemand, dass der Besuch im Landtag am Rheinufer rund 15 Minuten länger gedauert hat als veranschlagt.

BESUCH
IHRER MAJESTÄT ELIZABETH II
KÖNIGIN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS
GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND
UND
SEINER KÖNIGLICHEN HOHEIT
PRINZ PHILIP HERZOG VON EDINBURGH
AM 4. NOVEMBER 2004

Elizabeth II

Philip

Ihre Majestät Elisabeth II Königin des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und seine Königliche Hoheit Prinz Philip Herzog von Edinburgh gaben am 4. November guten Freunden die Ehre. Im Lauf ihres Lebens, so die Queen vor dem Landtag, habe sich das Verhältnis der beiden Länder Großbritannien und Deutschland gewandelt: „Vom Krieg zum Frieden und von einer Partnerschaft zur heutigen dauerhaften Freundschaft.“

Sie blickte zurück: „Als ich 1965 zum ersten Mal nach Düsseldorf kam, war ich sofort ergriffen davon, welche Herzlichkeit Großbritannien hier entgegen gebracht wurde, und davon, wie sehr die Hilfe, die mein Land in den Jahren unmittelbar nach dem Krieg geleistet hat, hier geschätzt wurde.“ Wenn sie heute, am dritten und letzten Tag ihres Staatsbesuchs nach Hause zurückkehre, dann reise sie „mit neuem Vertrauen in die tiefe Freundschaft zwischen unseren beiden Ländern, die im vor uns liegenden 21. Jahrhundert für beide Seiten so überaus wichtig ist“. Und sie sei dankbar für den herzlichen Empfang, „den man mir überall bereitet hat“.



Pia Reifenrath (18) präsentiert der Queen ein Handy der neusten Generation.

STAATSBESUCH



Auf dem roten Teppich: Queen, Prinz und Landtagspräsident grüßen die Zuschauer.

Spiel-
freude und
Virtuosität:
Romely Pfund
dirigierte die
Bergischen
Symphoniker.



Bekräftigung ge-
genseitiger Freundschaft
und obendrein eine persönliche
Bereicherung. „Unsere Völker sind sich in
ungezählten persönlichen Begegnungen
und Partnerschaften inzwischen so nahe
und vertraut geworden, wie das in
ähnlicher Form kaum anzutreffen
ist“, fuhr er fort und schloss mit
dem Wunsch nach einer
glücklichen und friedli-
chen Zukunft unserer
Völker in einem
geeinten Eu-
ropa.

In seiner kurzen Ansprache im Anschluss
an die Worte des Landtagspräsidenten schilderte
Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD),
wie sehr sich NRW seit dem letzten Besuch der
Queen gewandelt habe: Seinerzeit von der
Montanindustrie geprägt, sei NRW heute ein
„Land von innovativen Unternehmen und
Technologie, Wissenschaft und Forschung“.
Es sei auch ein wichtiger Standort für
britische Unternehmen: „Die Enge
unserer wirtschaftlichen Verflechtungen
im europäischen Binnenmarkt
zählt heute zu den festen Banden
zwischen unseren beiden Län-
dern.“ Man habe an diesem
Tag allen Grund, „auf das
gemeinsam Erreichte stolz
zu sein und mit Opti-
mismus in eine ge-
meinsame Zukunft
zu blicken“. JK

„Dies ist ein großer und schöner Tag für
Nordrhein-Westfalen! Wir sind glücklich und
stolz, dass Sie unserem Land die Ehre ihres Be-
suchs erweisen“, hieß Landtagspräsident
Ulrich Schmidt die britischen Gäste im Land-
tag willkommen. Der Präsident würdigte die
Rolle der britischen Militärregierung bei der
Gründung des Bundeslandes: „Unsere politi-
schen wie gesellschaftlichen Strukturen ein-
schließlich der föderalen Prinzipien sowie
unsere liberale Verfassung, die die Briten uns
mit auf den Weg gegeben haben, sie
haben sich bestens bewährt.“

Der Präsident nannte
den Staatsbesuch
eine



Bild Mitte:
Rote Rosen für die Queen, überreicht
von Helen (7. M.) und Emma (5. r.).

Bild rechts:
Eintrag ins Gästebuch des Landtags.

Fotos: Schälte

Bündnisse mit Verfallsdatum

Abgeordnete analysieren Wahlergebnisse

Rechts- und linksextremistische Gruppierungen haben ihre Stimmenanteile und Mandatzahlen deutlich steigern können. Wo sie angetreten sind (der unzureichende Organisationsgrad verteilte ein flächendeckendes Auftreten), haben sie fast immer ein Mandat erreicht. Die weitere Existenz vor Ort sichert in vielen Fällen die logistische und finanzielle Unterstützung, die mit der Übernahme von Mandaten und mit dem teilweisen Einzug als Fraktion verbunden ist.

Diese Einschätzung gab vor dem Hauptausschuss unter Leitung seines stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) Karl Heinrich von Bauer vom Innenministerium ab. Der stellvertretende Leiter der Abteilung 6 (Verfassungsschutz) erstattete den Abgeordneten den erbetenen Zwischenbericht. Dieser Bericht zu der nordrhein-westfälischen Kommunalwahl von Ende September hat durch den Erfolg Rechtsextremer bei den vorangegangenen Landtagswahlen im östlichen Deutschland besondere Brisanz erhalten.

Von Bauer war um eine differenzierte Einschätzung mit Blick auf die NRW-Landtagswahl im kommenden Mai bemüht: „Das Wählerpotential an den Rändern scheint zu wachsen. Allerdings nicht in dem Ausmaß, wie es das Beispiel PDS nahe legt.“ Diese Partei war bei der Kommunalwahl lediglich in 38

Kommunen angetreten und hatte doch nur 12.000 weniger Stimmen als landesweit bei der Europawahl. Für die Landtagswahl ließen aber die fehlende landesweite Organisationsstruktur und die dann bestehende Fünfprozentklausel „keine außergewöhnlichen Stimmenzuwächse erwarten“.

Rechtsextremisten wie die Republikaner hätten dort besondere Erfolge (8,2 Prozent Stimmenanteil in Alsdorf) erzielt, wo soziale Probleme - etwa die Schließung einer Automobilniederlassung, bei der 600 Arbeitsplätze verloren gegangen seien - mit einer intensiven öffentlichen Präsenz zusammengefallen seien. Die Gruppierung „Pro Köln“ sei nur in Köln angetreten und habe aus dem Stand heraus 4,7 Prozent der Stimmen und vier Mandate erreicht - vor allem deswegen, weil sie einen ausgesprochenen Kommunalwahlkampf geführt und lokale Themen im Sinne von Aus-



Berichtete dem Hauptausschuss: Karl Heinrich von Bauer vom Verfassungsschutz. Foto: Schälte

länderfeindlichkeit aufgegriffen und zugespitzt habe.

In der Debatte der Ausschussmitglieder über den Bericht kam der Hinweis, dass Bündnisse rechtsextremer Gruppierungen nach den Erfahrungen der Vergangenheit meist nicht von langer Dauer sind. Zum einen seien gravierende Differenzen der Gruppen stets virulent, die nur mühsam zu überbrücken seien. Zum anderen reduziere sich das Interesse der Rechtsextremisten an der oft langwierigen parlamentarischen Arbeit rasch auf die bloße Entgegennahme der mit dieser Arbeit verbundenen materiellen Vergütungen: „Staatsknete“, warf ein Abgeordneter ein.

Freude und Aufatmen quer durch alle Fraktionen im Innenausschuss: Die glückliche Abschiebung des selbst ernannten Kalifen von Köln, Metin Kaplan, habe den Eindruck revidiert, die Demokratie sei ein bloßer Nachtwächterstaat und nicht „wehrhaft“, wie Horst Engel von der FDP formulierte.

Freude über Abschiebung Kaplans

Innenausschuss bewertet die überraschende Aktion

Das war der Tenor der Stellungnahmen, als im Ausschuss unter dem Vorsitz von Klaus Stallmann (CDU) der Innenminister und Vertreter seines Hauses in einer aktuellen Viertelstunde über Kaplans Flug nach Istanbul berichteten, wo der Extremist in einem Hochverratsprozess vor Gericht gestellt wird.

Dann werde man beobachten können, meinte ein Abgeordneter, ob die Türkei auf dem Weg in den Rechtsstaat sei. Das sei schließlich eine Bedingung für die Beitrittsverhandlung zwischen der Türkei und der EU. Jürgen Jentsch (SPD): „Wir erwarten, dass die

türkische Regierung den versprochenen fairen Prozess durchführt.“ Ob die Kosten der Abschiebung per Charterjet vom Düsseldorfer Flughafen aus (26.000 Euro) verhältnismäßig seien, wollte Dr. Wilhelm Droste (CDU) wissen. Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) dazu: Das sei ein „normaler Preis“. Wenn Kaplan hierzulande über Vermögen verfüge - das werde geprüft -, dann könne man den Betrag von ihm zurückfordern.

Das Innenministerium geht in absehbarer Zeit nicht davon aus, dass Anhänger des Kalifatstaates in NRW (etwa 350 Leute) zu gewaltsamen Demonstrationen schreiten. Zum

einen habe die Organisation erheblich an Bedeutung verloren, zum anderen seien die Anhänger durch die völlig überraschende Abschiebung „im Moment konsterniert“. Monika Düker (GRÜNE): „Der Kalifatstaat ist seines Kopfes beraubt.“

Der Innenminister teilte mit, durch das neue, am 1. Januar 2005 in Kraft tretende Ausländerrecht sei eine Wiederholung der Kaplan-Ereignisse nicht mehr zu befürchten: Dann nämlich könne eine solche Person wie Kaplan sofort durch den Bundesinnenminister in Abstimmung mit den Bundesländern abgeschoben werden.

Die Töchter des WDR im Visier

Der Landesrechnungshof und sein Prüfungsrecht

Fotos: Schälte

Als gemeinnützige Anstalt des öffentlichen Rechts wird der WDR durch den Landesrechnungshof (LRH) geprüft. Die Tochtergesellschaften und privatrechtlichen Unternehmen, an denen der WDR beteiligt ist, jedoch nicht. Das Prüfungsrecht soll sich nach dem Willen der Landesregierung nun, wie es seit dem 7. Rundfunkänderungsstaatsvertrag für ZDF und Deutschlandradio gilt, auch auf die WDR-Töchter beziehen. Mit dieser Änderung des Gesetzes über den Westdeutschen Rundfunk Köln (Drs. 13/5395) befasste sich im Oktober der Medienausschuss des Landtags unter dem Vorsitz von Claudia Nell-Paul (SPD).

Eine Prüfung durch den LRH ist angesichts der stetig wachsenden Zahl an Töchtern und Enkeln des WDR absolut notwendig“, betonte Ute Scholle, Präsidentin des LRH. Der Medienausschuss erörterte vor kurzem die Ergebnisse der öffentlichen Anhörung zum Gesetzentwurf und die Antwort des LRH auf die Bedenken der Medienvertreter. Die Sachverständigen hatten die Sorge geäußert, durch die Prüfung könnten Betriebsinterna an die Öffentlichkeit gelangen. Diese Bedenken konnte Scholle entkräften: „Natürlich halten wir uns an alle Geheimhaltungspflichten. Die Ergebnisse der Prüfung werden nur dem LRH zugänglich sein.“

DOPPELPRÜFUNG

Es war vorgeschlagen worden, die Prüfung durch den LRH nur bei Unternehmen zu gestatten, an denen der WDR mehrheitlich beteiligt ist. Das sah die LRH-Präsidentin anders. Auch bei einer Minderheitenbeteiligung sei das Prüfungsrecht notwendig. Die Kontrolle durch den LRH beeinträchtigt die Senderinteressen in keiner Weise, sondern stärke vielmehr das Unternehmen.

Von der Gewerkschaft ver.di war bei der Anhörung die Ansicht vertreten worden, die Prüfung von WDR-Tochterunternehmen und anderer Beteiligungen des WDR durch den LRH sei ein großzügiger Umgang mit knappen

Steuermitteln. Die Unternehmen unterlägen bereits der gesetzlichen Prüfung. Eine Prüfung durch den LRH würde zu einer unsinnigen Doppelprüfung führen. Dem konnte Scholle entgegen setzen, dass das Prüfungsrecht gerade deshalb sinnvoll sei, weil der LRH andere Prüfungsverfahren anwende. Der LRH prüfe, anders als die privaten Wirtschaftsprüfer, eben nicht nur nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Lothar Hegemann (CDU) gab zu bedenken, dass der WDR auch an anderen öffentlich-rechtlichen Sendern beteiligt sei. Prüfe demnächst jeder Landesrechnungshof alle öffentlich-rechtlichen Programme? Dies ist laut LRH nicht der Fall, da die Landesrechnungshöfe unter den Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit untereinander Vereinbarungen träfen. Beim Stichwort Mehraufwand begrüße sie es, wenn der LRH seinen Personalstab erweitern könne, so Scholle. Das sei allerdings nicht unbedingt notwendig.

Der SPD-Abgeordnete Marc Jan Eumann wandte ein, das Prüfungsrecht des LRH müsse in der Unternehmenssatzung verankert werden, bevor der LRH prüfen könne. Sei es bereits vorgekommen, dass das Recht auf Prüfung durch den LRH in einem Aufsichtsrat keine Mehrheit gefunden habe? Scholle begrüßte

grundsätzlich das Prüfungsrecht des LRH auch entgegen der Zustimmung des Aufsichtsrats, akzeptiert jedoch die derzeitige Gesetzeslage. Der WDR diskutiere derzeit eine Novellierung der Satzung für den Fall, dass ein Unternehmen die Prüfung durch den LRH ablehne.

SANKTIONIERUNG

Für den Fall, dass ein Unternehmen das Prüfungsrecht nicht verankere, wünschte sich Dr. Stefan Grüll (FDP) Instrumentarien zur Sanktionierung. Wenn die Regelung legal zu umgehen wäre, sei der Antrag defizitär. Bei WDR-Töchtern ist die Verankerung des Prüfungsrechts bislang kein Problem, erklärte man von Seiten des LRH. Anders sei dies nur im Fall einer privaten Mehrheit. Für diesen Fall gebe es aber bislang keine Sanktionierungsmöglichkeiten.

Oliver Keymis (GRÜNE) zeigte sich zufrieden mit dem Gesetzentwurf. Der LRH habe schon lange eine Ausweitung der Prüfungsbefugnis gefordert. Dem komme der Gesetzentwurf sehr entgegen, und das sei auch gut so.

YV

Der Landesrechnungshof, vertreten durch Präsidentin Ute Scholle (L.), legte im Medienausschuss seine Auffassung dar. Rechts die Vorsitzende Claudia Nell-Paul (SPD), in der Mitte Raimund Schommertz von der Staatskanzlei.

Kontrolle und Integration

Ausschuss berät Erziehung an islamischen Einrichtungen



König-Fahd-Akademie, der Verband Islamischer Kulturzentren – nur zwei Schlagworte in der Debatte um die Rolle insbesondere islamisch geprägter Kultur-, Bildungs- und Erziehungseinrichtungen. Integration – selbstverständlich. Religionsfreiheit und Toleranz – keine Frage. Wie aber sicherstellen, dass sich alles auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung abspielt, das definierte Kindeswohl im Mittelpunkt steht? In diesem Spannungsfeld diskutierte der Ausschuss für Migrationsangelegenheiten (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) vor kurzem gleich mehrere Anträge und Berichte.

Ihr vorbildliches Engagement fand Anerkennung: Gülistan Yüksel (L.) und Jean Makedonopoulos (r.) wurden im Landtag von Landtagspräsident Ulrich Schmidt für ihre Arbeit als Mitglieder der Ausländerbeiräte und Stadträte von Mönchengladbach und Gütersloh ausgezeichnet. Den Rahmen der Ehrung bildete die Veranstaltung, zu der der Landtagspräsident und der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen, Tayfun Kelttek (M.), unter dem Motto „Beteiligung von Migrantinnen und Migranten an der Kommunalpolitik – Ein wichtiger Beitrag zur Integration“ eingeladen hatten. Integrationsratswahlen finden in NRW am 21. November in rund 60 Städten und Gemeinden des Landes erstmals statt.

Foto: Schälte

Zur derzeitigen Bundesratsdebatte über die Verankerung des Integrationskriteriums als Teil einer übergeordneten Zielsetzung im Kinder- und Jugendhilferecht im 8. Sozialgesetzbuch berichtete Klaus Schäfer für das Schulministerium. Die Länderkammer hatte eine Tendenz innerhalb islamisch geprägter Gruppen ausgemacht, verstärkt internatsähnliche Betreuungsformen, aber auch Kindertagesstätten, aufzubauen, die eine Abgrenzung von der deutschen Gesellschaft und Parallelkulturen fördern. Hier, so Schäfer, gehe die Landesregierung davon aus, einen Konsens jenseits des „unpräzisen“ hessischen und des zu weit gehenden bayerischen Antrages zu finden.

Kritik gab es zu dieser Haltung seitens der CDU: Angesichts von 14 Anfragen allein des Verbandes Islamischer Kulturzentren (VIKZ) in NRW zeigte man sich enttäuscht über fehlende Ideen und Lösungsvorschläge. Sybille Haußmann (GRÜNE) erwiderte, es dürfe nicht Ziel sein, islamische Jugendhilfeeinrichtungen zu verbieten. Die „muslimische Community“ reagiere auf PISA. Man müsse gemeinsam mit den Organisationen nach Lösungen für die „Bildungsmisere der Migranten“ suchen. „Es gibt ja Gesetze, vielleicht mangelt es hier und da an der Umsetzung“, merkte Marianne Thomann-Stahl für die FDP an. Die gründliche Prüfung,

ob die jeweilige Einrichtung der freiheitlich demokratischen Grundordnung entspreche, müsse selbstverständlich sein, so Britta Altenkamp (SPD), verwies aber auch auf die „latente Gefahr der Desintegration“.

Ein sensibles Feld, wie die sachorientierte Debatte im Ausschuss zeigte. Keine Mehrheit fand in diesem Zusammenhang der CDU-Antrag „Erziehung zum fundamentalistischen Islamismus in NRW verhindern“. Ihn lehnten alle anderen Fraktionen ab. Zu den weiteren Anträgen möchte der Ausschuss vor einer tiefer gehenden Debatte die Voten der mitberatenden Ausschüsse abwarten.

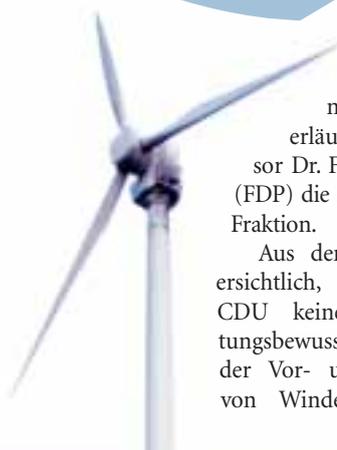
voK

Wie viel Windkraft ist sinnvoll, und vor allem wo? Mit dieser Frage befasste sich vor kurzem der Ausschuss für Umweltschutz und Raumplanung (Vorsitzender Klaus Strehl, SPD). Anlass bot der Antrag der CDU-Fraktion „Gegen Wildwuchs bei der Windkraft – Umsteuern tut Not“ (Drs. 13/4563), der eine Korrektur der ökologischen und ökonomischen Weichenstellung der Windkraft fordert.

Heinrich Kruse (CDU) warb bei den anderen Parteien um Unterstützung des CDU-Antrags und bemängelte die „ideologische Brille“, mit der in seinen Augen die Grünen die Energiepolitik betrachteten. Die Kritik der CDU richte sich nicht gegen die Windenergie insgesamt, sondern gegen das Übermaß. Die Akzeptanz durch die Bevölkerung gehe zurück. „So geht es nicht weiter“, stellte Kruse fest.

„Mit dem Titel des Antrags stimmen wir überein“, sagte Holger Ellerbrock (FDP). Jedoch seien die Liberalen anderer Auffassung bezüglich des Stellenwerts der Windenergie für NRW. „Wir finden Windkraft dort gut, wo sie ökonomisch sinnvoll ist. Dies ist

Windenergie auf dem Prüfstand CDU beantragt Abkehr vom „Übermaß“



jedoch in NRW nicht der Fall“, erläuterte Professor Dr. Friedrich Wilke (FDP) die Position seiner Fraktion.

Aus dem Antrag sei ersichtlich, dass bei der CDU keine verantwortungsbewusste Abwägung der Vor- und Nachteile von Windenergie statt-

fände, so Hardy Fuß (SPD). „Der CDU ist kein Grund zu fadenscheinig, um anzuführen, wie störend die Windkraft ist.“ Ansonsten fände der Schutz von Flora und Fauna schließlich bei der CDU auch keine Berücksichtigung, bemerkte Fuß.

Reiner Priggen (GRÜNE) sprach in diesem Zusammenhang von einem „Kreuzzug gegen die Windenergie“, den die CDU veranstalte. In NRW seien viele Unternehmen in punkto Windkraft auf einem guten Wege, insbesondere in der Lärmschutzentwicklung, so Priggen. Diese positive Entwicklung würde durch den Antrag der CDU konterkariert.

Bei der anschließenden Abstimmung lehnten SPD und Grüne den CDU-Antrag im federführenden Umweltausschuss endgültig ab. Die FDP-Fraktion enthielt sich.

YV

Die großen Kaufhäuser ziehen täglich 2,5 Millionen Menschen in unsere Innenstädte, investieren im Jahr dreistellige Millionenbeträge und sind wichtige Partner im Bereich „Public-Private-Partnership“, betonte der Minister in seinem Bericht die wichtige Rolle großer Häuser wie eben Karstadt. Wenn es tatsächlich zu Schließungen komme, wäre das für die betroffenen Städte „schlimm“. Zumal, so der Minister, es vor allem auch kleine und mittlere Kommunen treffe.

EINFLUSS

„Mit einer gewissen Resignation“, blickte Dr. Thomas Rommelspacher (GRÜNE) in die Zukunft: Im Vergleich mit Westeuropa habe man in den alten Bundesländern derzeit pro Kopf doppelt so viel Einkaufsfläche wie der Durchschnitt. „Hier sind die staatlichen Eingriffsmöglichkeiten begrenzt“, ging sein „Ruf nach Rationalität an die Kommunen“.

Welche Einflussmöglichkeiten hat der Staat auf die Entwicklung der Innenstädte? Genau an diesem Punkt entzündete sich auch die Debatte. Natürlich sei eine Sonderleitplanung nicht ohne Beteiligung des Landes möglich, mahnte Bernd Schulte (CDU) mehr „Einheitlichkeit und Wirksamkeit im Regierungshandeln“ an. Fraktionskollege Gerhard Lorth ergänzte, dieses Problem sei vielschichtiger und bedürfe einer landesweiten Lösung.

Die CDU müsse all ihre Gliederungen dann auch „zur Einheitlichkeit in die Pflicht nehmen“, konterte Dr. Georg Scholz (SPD) und Dieter Hilser ermunterte den Minister im Namen der SPD-Fraktion, mit den guten Fördermaßnahmen weiter-zumachen.

Wenn man mehr Verantwortung in die Kommunen verlagere, müsse das Land auch mit der

Deprimierend für Beschäftigte, Kunden und Kommunalpolitiker wenn Kaufhäuser in den Innenstädten ihre Pforten schließen.

Foto: Schälte

Schlimme Folgen für Innenstädte

Debatte über die Ursachen und Folge der Karstadt-Krise

Wer sich die Ursachen für die derzeitige Krise des Karstadt-Quelle-Konzerns anschau, müsse auch über die „falsche Ansiedlungspolitik vieler Städte auf der grünen Wiese“ reden. „Ich kann manche Kommunen nicht verstehen, die so den eigenen Innenstädten das Blut entziehen“, eröffnete Städtebauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) im Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen (Vorsitzender Wolfgang Röken, SPD) pointiert die Debatte über die Auswirkungen eventueller Schließungen von Kaufhäusern.

„Freiheit des Irrtums“ leben, argumentierte Karl Peter Brendel (FDP). Die Liberalen sehen an dieser Stelle die Regierungspräsidenten als Koordinationsstelle für regionale Einzelhandelskonzepte in der Pflicht.

Sicher, so Minister Vesper, „sind die Instrumente nicht so scharf wie gewünscht“. Trotzdem habe man mit ihnen immerhin 90 Prozent der neu beantragten Verkaufsflächen auf der „grünen Wiese“ verhindern können. Derzeit lägen dem Land Anträge in einer Größenordnung von einer weiteren Million Quadratmetern Verkaufsfläche vor, setzte der Minister trotzdem auf einen „hoffentlich einsetzenden Bewusstseinsprozess“.

Ein weiteres Instrument in der Städtebauförderung könnte in diesem Zusammenhang zukünftig das Bundesprogramm „Stadtumbau West“ werden. Diese als „ergänzende Anreizfinanzierung für Investoren“ gedachten Mittel stehen im kommenden Jahr voraussichtlich in einer Höhe von 35 Millionen Euro zur Verfügung. Auf das Land kommen dabei – so Vesper – Kosten in Höhe von 17,4

Millionen zu, da man den Part der Kommunen anteilig übernehme. Die Städte und Gemeinden müssten nach diesem Rechenmodell etwa sechs Millionen Euro aufbringen. Dem Fördervolumen gegenüber stehen bereits jetzt jedoch 80 Anträge mit einem Gesamtvolumen von 200 Millionen.

PARLAMENT

Nicht der einzige Punkt, an dem der Städtebauausschuss nachhakte. Unisono wünschten sich die Abgeordneten eine bessere Einbindung des Parlaments. Dieter Hilser (SPD) mahnte einen schlüssigen Kriterienkatalog für die Vergabe der Mittel an und Karl Peter Brendel (FDP) warnte vor einem „reinen Ruhrgebietsprogramm“. Schlicht die Frage nach der Gegenfinanzierung im Haushalt stellte Bernd Schulte (CDU). Der Minister: „Müssen wir mal gucken.“ Ohne private Investoren, betonte noch einmal Dr. Thomas Rommelspacher (GRÜNE), werde es jedoch nicht gehen. Ein gutes Beispiel könne hier die Initiative von zehn Essener Wohnungsunternehmen sein, die insgesamt 100 Millionen Euro investieren.

voK

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Barbara Wischermann, CDU) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependance des Landtags, der Villa Horion, ist für den 15. November vorgesehen. Vorab ist eine telefonische Anmeldung unter 0211/884-4444 erforderlich.

+++

„Kulturpolitik kann ohne gezielte Frauenförderung nicht auskommen“, sagte Kulturminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) im **Ausschuss für Frauenpolitik** (Vorsitz Inge Howe, SPD). Auf Antrag der SPD erstattete er über die Förderung von Künstlerinnen in NRW Bericht. Besonders in den Sparten Film und Musik seien Frauen unterrepräsentiert. In der anschließenden Diskussion interessierten sich die Abgeordneten insbesondere für die Zukunft der beiden Frauenfilmfestivals „Femme Fatale“ (Dortmund) und der „Feminale“ (Köln). Das Weiterbestehen der Festivals ist bedroht, da der Etat im nächsten Jahr nochmals um 32.000 Euro gekürzt wird.

+++

Der Antrag der CDU-Fraktion „Landesregierung muss eine Evaluierung des Grundstücksfonds NRW herbeiführen“ (Drs. 13/5498) hat der **Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung** (Vorsitz Klaus Strehl, SPD) mit den Stimmen von Rot-Grün gegen die von CDU und FDP abgelehnt. Der Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft der Städte in NRW“ befasse sich ebenfalls mit dem Grundstücksfonds, begründeten SPD und GRÜNE die Entscheidung. Es wäre sinnvoller, erst die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission abzuwarten, bevor ein weiteres Gutachten in Auftrag gegeben werde.

+++

Die Hunde- und Jagdsteuer in NRW werden nicht abgeschafft. Das beschloss jetzt der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz** (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) gegen die Stimmen der FDP-Fraktion. Die

Liberalen hatten dies gefordert, da die Erhebung solcher Aufwandssteuern nicht in ein modernes Steuersystem passe.

+++

Die Hälfte aller Arzneimittel in Deutschland ist nicht für die Behandlung von Kindern zugelassen – bei den Intensivmedikamenten sogar 90 Prozent. Das geht aus einem Bericht zur Arzneimittelsicherheit für Kinder hervor, der kürzlich den **Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie** (Vorsitz Annegret Krauskopf, SPD) beschäftigte. Grund hierfür sei ein mangelndes Interesse der Pharmafirmen an der klinischen Erprobung. Die Abgeordneten wollen die weitere Entwicklung im Zuge der 12. Novelle des Arzneimittelgesetzes kritisch verfolgen.



Illustration: h,m

Auch die Arbeit der dazu eingesetzten Kommission. Zwei der sechs bundesweiten Schwerpunkt-Forschungszentren befinden sich bereits in NRW – in Köln und Münster.

+++

Über die Entwicklung der so genannten kw-Vermerke (Vermerke für künftig wegfallende Stellen) informierte das Finanzministerium den **Unterausschuss „Personal“ des Haushalts- und Finanzausschusses** (Vorsitz Manfred Palmen, CDU) in seiner jüngsten Sitzung. Mit dem Haushalt 2004 wurden 5.366 kw-Vermerke aufgrund der Arbeitszeitverlängerung neu ausgebracht. Nachdem im ersten Halbjahr 2004 insgesamt rund 605 kw-Vermerke realisiert werden konnten, beläuft sich der Restbestand zum 30. Juni 2004 nunmehr auf rund 11.663 kw-Vermerke.

+++

Die Neuordnung des staatlichen Archivwesens in Nordrhein-Westfalen ist mit der

Gründung des Landesarchivs NRW zum 1. Januar 2004 abgeschlossen. Grundlage hierfür waren die Empfehlungen eines Gutachtens, das die Landesregierung in Auftrag gegeben hatte. Vor Ort informierte sich der **Kulturausschuss** (Vorsitz Dr. Renate Düttmann-Braun, CDU) in einer auswärtigen Sitzung im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf. Als zentrale Themen der Archive wurden die Fragen nach der Archivierung digitaler Unterlagen sowie die Sicherung der Bestände – Stichwort: Massensäuerung – diskutiert. In Münster wird eine Liegenschaft in der Speicherstadt bis Ende 2005 fertig gestellt, die den Raumbedarf für das Staatsarchiv Münster (Abteilung 5 des Landesarchivs NRW) für die nächsten 30 Jahre sicher stellt und eine Restaurierungswerkstatt umfasst.

+++

Auch im November werden wieder Ausschüsse von der Möglichkeit Gebrauch machen, zur Erörterung bestimmter Themen Experten und Sachverständige im Rahmen von Anhörungen zu Wort kommen

zu lassen. So plant der **Verkehrsausschuss** (Vorsitz Manfred Hemmer, SPD) für den 15. November eine Anhörung zum Thema „Zehn Jahre Deutsche Bahn AG – Wie wird die Bahnreform fortgesetzt?“ Am darauf folgenden Tag wird es im **Unterausschuss „Personal“ des Haushalts- und Finanzausschusses** eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen zum Achten Landesbesoldungsänderungsgesetz geben. Hierzu sind auch die Mitglieder des **Innenausschusses** (Vorsitz Klaus Stallmann, CDU), des **Wirtschaftsausschusses** (Vorsitz Joachim Schultz-Tornau, FDP) und des **Rechtsausschusses** (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP) nachrichtlich mit eingeladen. Für den 17. November hat der **Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen** (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD) ein Hearing zum Stichwort „Dichtigkeitsprüfung von privaten Entwässerungskanälen“ anberaunt. Am selben Tag werden die Themen Sozialgesetzbuch und öffentlicher Gesundheitsdienst Gegenstand einer ganztägigen Anhörung des **Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales** (Vorsitz Bodo Champignon, SPD) sein.

Verbund-Gehälter über Jahre zu hoch

Innenministerium urteilt:

„Umstrukturierung war nicht rechtswidrig“

Anfang Oktober wurde bekannt, dass der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) über Jahre hinweg zu hohe Gehälter gezahlt hat. Vor allem die Bezüge des Ende 2003 neu bestellten Geschäftsführers Martin Husmann waren umstritten. In Folge der Auseinandersetzung wurde der VRR in eine neue Rechtsform umgewandelt, eine Anstalt öffentlichen Rechts (AöR). Damit unterliegen die Mitarbeiterbezüge nicht mehr der Beamtenbesoldung. Dies nahm die SPD-Fraktion zum Anlass für eine aktuelle Viertelstunde im Ausschuss für Kommunalpolitik (Vorsitz Jürgen Thulke, SPD).

Monika Düker (GRÜNE) bat das Innenministerium um Stellungnahme, ob die Umstrukturierung des VRR aus fachlichen Gründen nachvollziehbar sei oder ob sie vielmehr nur erfolgt sei, um die höhere Besoldung für den Geschäftsführer durchzusetzen. Dazu der Vertreter des Ministeriums: „Die Aufsicht hätte diesen Weg nicht mitgetragen, wenn allein die Vergütung des Geschäftsführers Maßstab für das Handeln gewesen wäre.“ Der VRR habe Veränderungen im Vergaberecht als Grund für die Einrichtung der Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) angeführt. Die Aufsichtsbehörde, die Bezirksregierung Düsseldorf, habe den Vorgang auf Basis der Gemeindeordnung geprüft. Es wurden keine rechtlichen Bedenken erhoben.

Ralf Jäger (SPD) sprach von einer „Rufschädigung“ des VRR. Der Wille der Versammlung, den VRR modern und vernünftig aufzustellen, wird durch die Entscheidung, eine AöR zu gründen, nur um einen Geschäftsführer mit B6-Besoldung zu installieren, konterkariert. Vor dem Hinter-

grund der Fahrpreiserhöhung des VRR sei das ein Vorgang, der zur Empörung führen müsse.

An die Adresse des Innenministeriums stellte Manfred Palmen (CDU) die Frage, warum die Aufsichtsbehörde nicht schon viel früher eingeschritten sei und ob nun rückwirkend Schadenersatz vom VRR gefordert werde. Der Sprecher des Ministeriums erklärte, dass Haushalte von Zweckverbänden keiner Genehmigungspflicht unterlägen. Zudem

müsse die Angelegenheit erst gemeinsam mit dem VRR aufgearbeitet werden, erst dann werde man sehen, ob Schadenersatzansprüche herauskämen.

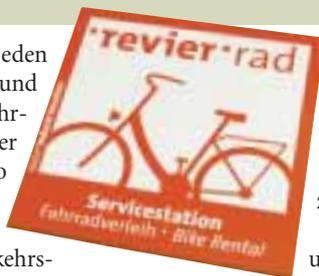
Dr. Ingo Wolf (FDP) sah das ganze Dilemma im derzeitigen System der öffentlichen Verkehrswirtschaft begründet. „Wenn sie durchgreifend privatisiert würde, gäbe es das Problem nicht mehr, dass Mandatsträger über Gehälter entscheiden müssten.“ **ax**

Mit dem Drahtesel zu Bus und Bahn Neue Angebote für Reisende und Touristen

Die Verkehrswege sind überlastet, und selbst auf Park&Ride-Flächen wird es eng. Abhilfe verspricht der Umstieg auf das gute alte Fahrrad. Vertreter von Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) und Regionalverband Ruhr (RVR) erstatteten dem Verkehrsausschuss (Vorsitzender Manfred Hemmer, SPD) vor kurzem Bericht darüber, was sich an Rhein und Ruhr in punkto Umstieg vom Vier- auf Zweirad alles tut.

2 1.000 Fahrgäste benutzen jeden Tag im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) das Fahrrad, um zu ihrer Bus- oder Bahnhaltestelle zu kommen“, so Jürgen Hambuch, Leiter des Geschäftsbereichs Nahverkehrsmanagement des VRR, im Verkehrsausschuss. „An sie und an alle, die von Park and Ride auf Bike and Ride umsteigen wollen, richtet sich das Angebot des ‚Projekt bikey‘.“

Bis 2015 sollen an 250 Stationen im VRR-Gebiet 15.000 blaue und rote „bikey“-Boxen aufgestellt werden. „Die herkömmlichen Fahrradboxen sahen aus wie Müllcontainer“, fand Jürgen Hambuch. „Die ‚bikey‘-Boxen hingegen haben ein ansprechendes Design.“ Blau bedeutet: Der Radfahrer weiß seinen Drahtesel hier sicher aufbewahrt, während er selbst seine Reise mit der Bahn fortsetzt. Rot bedeutet: Wer sein eigenes Rad gerade nicht griffbereit hat,



kann sich hier ein Fahrrad vom VRR ausleihen, um damit beispielsweise die letzten Meter von der Haltestelle zum Arbeitsplatz bequem zurückzulegen.

Für bargeldlose Abrechnung und berührungsloses Auf- und Abschließen der bunten Boxen sorgt eine aufladbare Chipcard. Dadurch stehen die „bikey“-Boxen dem Kunden 24 Stunden am Tag zur Verfügung.

Zunächst werden Bottrop, Mülheim, Grevenbroich und Witten die peppigen Boxen testen, bevor „bikey“ 2006 in Serie gehen soll.

KULTURREVIER

Leihfahrrad, Gepäcktransport, Zubehör- und Pannenservice sowie Radwanderkarten

und Tourismusinformationen bietet bereits jetzt das „RevierRad“ dem geeigneten Ruhrgebiets-Touristen. Der Fuhrpark des „RevierRads“ umfasst derzeit 180 Räder, von der Standardausfertigung über Trekkingräder und Kinder-Mountainbikes bis zu Exoten wie dem Liegerad. Das Angebot des RVR richtet sich an Individualreisende und Ausflugsgruppen. Von 15 Stationen aus können Radler eine Erkundungstour durch die 700 Kilometer lange Route der Industriekultur starten.

Weitere Informationen über „Projekt bikey“ und das „RevierRad“ gibt es unter www.vrr.de und www.rvr-online.de. Die Buchungshotline des „RevierRad“ ist unter 02 08/8 48 57 20 oder zentrale@revierrad.de zu erreichen. **YV**



Foto: Schälte

„Zeit für politische Visionen“

Zustimmung und Vorbehalte bei der Bewertung des EU-Beitritts

Im Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik hat Europaminister Wolfram Kuschke (SPD) den Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission über die Beitrittsfähigkeit der Türkei vorgestellt. Anfang Oktober hatte die Europäische Kommission in Brüssel den mit Spannung erwarteten Bericht zu den Fortschritten der Türkei auf dem Weg zum EU-Beitritt vorgelegt. Ihre Empfehlung: Die Türkei ist bereit für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU. Mit Blick auf den Gipfel der Staats- und Regierungschefs im Dezember 2004 diskutierte nun Kuschke mit den Ausschussmitgliedern Chancen und Risiken eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union (EU).

Der Minister begrüßte die Entscheidung der Kommission, die unter Leitung des deutschen Erweiterungskommissars Günter Verheugen einen umfassenden Bericht über die Beitrittsfähigkeit der Türkei erstellt hat. Er betonte, mit dieser Entscheidung der Kommission sei noch keine endgültige Entscheidung über den Beitritt gefällt worden, der gehe vielmehr ein jahrelanges, strenges, „ja fast inquisitorisches“ Beitrittsverfahren voraus. Ihm sei es wichtig, betonte Kuschke, dass Landesregierung und Parlament in NRW diesen Prozess sachlich und fair begleiteten, alles andere führe zu Irritationen in der Türkei, wie auch in Deutschland und NRW.



In den Reihen von SPD, Grünen und FDP herrschte Einigkeit über die positive Bewertung der Beitrittsfähigkeit der Türkei. Nach Annahme der Empfehlung der Kommission durch den Europäischen Rat am 17. Dezember 2004 sollten die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei umgehend aufgenommen werden. Dietmar Brookes (FDP) machte aber deutlich, dass auch wenn das Ziel der Verhandlungen nur die Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU sein könne, es ein Fehler wäre, sich bereits jetzt auf konkrete Beitrittsdaten festzulegen. Dies würde das Risiko in sich bergen, die Verhandlungen auf Biegen und Brechen zu beenden, ohne zu berücksichtigen, dass zunächst ein Generationenwechsel in der Türkei erfolgen müsse.

PARTNERSCHAFT

Die von CDU/CSU angeregte Möglichkeit einer Unterschriftenaktion zur Frage des Türkeibeitritts wurde von Gabriele Sikora (SPD) als Kampagne aus wahlkampf-taktischem Kalkül verurteilt. Ilka Keller (CDU) erklärte, dass es so etwas mit der CDU in NRW nicht geben werde. Ein entsprechender Be-

schluss sei bereits gefasst worden. Man solle nicht übersehen, dass die CDU stets um ein freundschaftliches Verhältnis zur Türkei bemüht gewesen sei. Dennoch dürfe man die enormen wirtschaftlichen Probleme in der Türkei nicht außer Acht lassen. Nach Auffassung ihrer Partei käme ein Beitritt der Türkei zu früh. Der richtige Weg sei vielmehr eine privilegierte Partnerschaft.

Dieser Begriff wurde von Bernhard von Grünberg (SPD) stark kritisiert. Er sei inhaltlich schwach und dazu geeignet, die Wirklichkeit zu vernebeln. Werner Jostmeier (CDU) mahnte daraufhin an, die Integrationsfähigkeit der Menschen in der Europäischen Union nicht zu überschätzen.

Zum Schluss plädierte Minister Kuschke erneut für eine faire Umsetzung des Prozesses in NRW. Trotz der Gefahren und Risiken, denen sich die EU möglicherweise mit einem Beitritt der Türkei aussetze, sei es Zeit für politische Visionen. Ein möglicher Beitritt sei eine spannende Herausforderung, die mutig angegangen werden müsse. 

Diesmal waren es nicht Zeugen, sondern Sachverständige, die vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu Wort kamen. In seiner Sitzung Mitte Oktober stellte Professor Dr. Martin Burgi (Bild), Rechtswissenschaftler der Universität Bochum, den Ausschussmitgliedern das angeforderte Gutachten zur rechtlichen Klärung der Vergabepaxis bei verschiedenen Landesgesellschaften vor. Im Anschluss daran nahm Privatdozent Dr. Christian Jahndorf zu Fragen der Beteiligung des Landes an Gesellschaften Stellung.

Foto: Schälte



Nach gut sieben Minuten ist „Schicht“

Stenografen zeichnen den parlamentarischen Redealltag auf

Die Besuchertribünen sind voll, fast alle 231 Abgeordneten am Platz: Sechs Stunden im Schnitt werden bei einer Plenardebatte im Landtag Tausende von Worten gewechselt. Für die zwölf Stenografinnen und Stenografen des Landtags, die jedes Wort mitschreiben, bedeutet das am Ende ihres Arbeitstags ein paar hundert Seiten an Aufzeichnungen, die alle bearbeitet werden müssen.



Thilo Rörtgen bei der Arbeit.

Fotos: Schälte

Ich habe mein Hobby zum Beruf gemacht“, erzählt Thilo Rörtgen. Er ist 34 und Parlamentsstenograf. Sein Weg zum Landtag war ungewöhnlich: Erst lernte er Elektriker, dann studierte der Bottroper Elektrotechnik. Doch in seiner Freizeit, da hat Rörtgen Stenografieren gelernt. „Mit 15 Jahren fing ich an, weil ich dachte, so eine Zusatzqualifikation kann mir bei Bewerbungen nur hilfreich sein“, erzählt er. Die regelmäßigen Trainingsabende im Stenografenverein Bottrop gefielen ihm so gut, dass er schon bald an Meisterschaften teilnahm. 1989 in Dresden, dann 2001 in Hannover war er sogar bei den Weltmeisterschaften dabei. Bis zu 375 Silben in der Minute schafft er. Vor sechs Jahren verwirklichte er endlich seinen Traum, Parlamentsstenograf zu werden, und trat in den Stenografischen Dienst des Landtags in Hannover ein. Seit zwei Jahren nun konzentriert er sich voll

auf die Politik in Düsseldorf. „Da bin ich so nah am Zeitgeschehen dabei.“

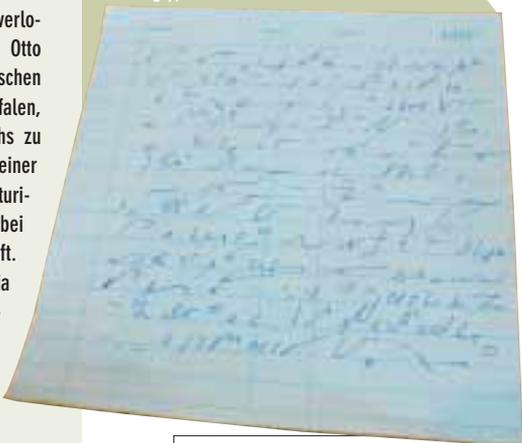
Klar, dass Rörtgen auch seine täglichen Einkaufszettel für den Supermarkt in Kurzschrift verfasst. Das schafft Platz auf einer Seite Papier. Steno ist inzwischen so etwas wie eine Geheimschrift. Denn immer weniger Menschen beherrschen sie. Diktiergeräte haben in vielen Büros Einzug gehalten und die Stenografie ersetzt. Doch im Parlament wird sie noch gebraucht – die Kurzschrift, bei der Zeichen nicht nur für Buchstaben, sondern auch für gebräuchliche Silben, Wörter und Satzteile stehen.

ZWISCHENRUF

Auch unser High-Tech-Zeitalter macht Parlamentsstenografen nicht überflüssig, denn sie schreiben nicht nur jedes Wort mit, sondern auch den Ablauf einer Sitzung. „Es ist

schon vorgekommen, dass Zuschauer Zettel von der Tribüne geworfen haben“, erinnert sich Rörtgen. Und das wird notiert.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit vielen Jahren diskutieren wir nun schon ... so fängt die Mitschrift an, deren Kürzel den meisten bloß als Hieroglyphen erscheinen.



Schnelle Rede

Zwölf Frauen und sechs Männer zwischen 21 und 54 Jahren erstellen für den Landtag Protokolle von Plenar- und Ausschusssitzungen. Hohe Anforderungen werden an sie gestellt: Stenografinnen und Stenografen müssen einen Hochschulabschluss haben und schon als Anfänger mindestens 260, später 350 Silben pro Minute schreiben können. Das ist nötig, weil die Redner immer schneller sprechen und kein noch so schnell gesprochenes Wort dank der ausgefeilten Technik der modernen Lautsprecheranlage verloren geht. Diese Entwicklung beobachtet Otto Schrader, Leiter des Sitzungsdokumentarischen Dienstes des Landtags Nordrhein-Westfalen, schon seit Jahren. Stenografen-Nachwuchs zu finden ist schwer, denn das Fach wird an keiner Schule in NRW mehr gelehrt. Begabte Abiturienten entdeckt Schrader so zum Beispiel bei der Deutschen Meisterschaft in Kurzschrift. Eine Nachwuchskraft ist die 21-jährige Claudia Tack: Seit Oktober wird sie studienbegleitend im Landtag zur Parlamentsstenografen ausgebildet.

Häufiger gibt es auch Applaus, Gelächter oder Zurufe von Abgeordneten.

„Das ist Quatsch!“ werfen sich die Abgeordneten schon mal vor, oder: „Sie haben gelesen, aber nicht begriffen!“ In hektischen Situationen ist Rörtgen froh, dass die Rede zur Sicherheit mitgeschnitten wird. Seit neuestem benutzen die Stenografen dafür nicht mehr das gute alte Tonbandgerät, sondern den Computer.

Wer schon einmal bei einer Plenardebatte war, hat Rörtgen und seine Kollegen bestimmt gesehen. Sie sitzen im Landtag höchst prominent, ganz vorne, in der Nähe des Rednerpultes. Alle siebeneinhalb Minuten wechseln sie sich ab. Dann haben sie anderthalb Stunden Zeit, die aufgenommenen Redebeiträge zu einem Protokoll auszuarbeiten – bevor die nächste „Schicht“ beginnt. Fixe Arbeit – denn schon zwei bis drei Stunden nach Ende des Plenums liegt das vorläufige Protokoll vor. Die Redner können ihre Redebeiträge korrigieren, dürfen aber keine inhaltlichen Änderungen vornehmen. Zwei Tage nach der Sitzung wird das Protokoll ins Netz gestellt.

Was viele nicht wissen: Die meiste Zeit verbringen Stenografen nicht im Plenarsaal, sondern in ihren Büros im Untergeschoss des Landtags. Dort bearbeiten sie die Texte stilistisch, überprüfen Zitate auf ihre Richtigkeit, verbessern Versprecher und machen auch einmal aus halben Sätzen ganze. Bei Ausschusssitzungen schreiben die Stenografen stundenlang ohne Ablösung mit. Dann wird aber kein wörtliches Protokoll verlangt, sondern eine Zusammenfassung. **AR**

SPD

Moderne Standards für die Ausbildung im öffentlichen Dienst

Mit einer strukturellen Weiterentwicklung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung soll die Ausbildung für den öffentlichen Dienst nationalen und internationalen Entwicklungen angepasst werden. Das sind die wesentlichen Ziele eines von der SPD-Fraktion beschlossenen Gesetzentwurfes zur Änderung des Fachhochschulgesetzes für öffentliche Verwaltung, den der innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Jentsch, vorstellte. „Wichtigster Bestandteil ist die Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen, letztere in Kooperation mit einer Universität. Damit wird die bisherige Ausbildung zum Diplom-Verwaltungswirt auf die neuen Studiengänge umgestellt“, erklärte Jentsch.

Anwendungsbezogene Forschungs- und Entwicklungsprojekte sollen Beiträge zur Modernisierung der Verwaltung leisten. Im Übrigen sollen mit dem Gesetzentwurf unter Beibehaltung bewährter Strukturen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung die Weichen für die Einrichtung neuer Studiengänge, sowie für die bessere Verzahnung von Theorie und Praxis sowie die Einführung eines Globalhaushalts gestellt werden.

„An der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung werden nicht nur die zukünftigen Landesbeamten, sondern auch die Bediensteten der Kommunen ausgebildet. Deshalb werden mit dem Gesetzentwurf auch Anliegen der Kommunen berücksichtigt, die vor allem eine Öffnung für nichtbeamtete Studierende gefordert haben“, sagte Jentsch.

CDU

Stoiber und Rüttgers setzen auf Wechsel in NRW

Deutschland und sein Kernland Nordrhein-Westfalen brauchen eine durchgreifende Erneuerung – übereinstimmend sprachen sich der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (r.) und CDU-Fraktionschef Jürgen Rüttgers (l.) nach einer einstündigen Unterredung Anfang November im Düsseldorfer Landtag für einen Wechsel in NRW aus. Dies sei der Schlüssel dafür, dass es in ganz Deutschland wieder aufwärts gehe. In einer gemeinsamen Erklärung von Stoiber und Rüttgers heißt es: Nur mit mehr Markt und weniger Staat lassen sich in Deutschland die Wachstumskräfte wieder entfesseln, Investitionen und Innovation der Unternehmen forcieren sowie Wohlstand und Beschäftigung schaffen. Edmund Stoiber verwies nach seinem Besuch bei Jürgen Rüttgers auf die im Vergleich zu Bayern geradezu explodierende Verschuldung Nordrhein-Westfalens, durch die der politische Handlungsspielraum immer weiter eingeschränkt werde.



FDP

Zurückgehende Kinderzahlen für mehr Bildungsqualität nutzen

Den Zusammenhang zwischen dem Bildungsauftrag von Kindertageseinrichtungen und ihrem Finanzierungssystem haben auf Einladung der FDP-Fraktion und ihrer Familienpolitiker Christian Lindner und Daniel Sodenkamp Anfang November rund 100 Experten sowie Vertreter von Verbänden, Trägern und Einrichtungen diskutiert. Hintergrund der Veranstaltung ist eine von der Landesregierung erwogene Veränderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK). So sollen unter anderem bei zurückgehenden Kinderzahlen Mittel eingespart werden. Der Nürnberger Sozialexperte Günter Krauß berichtete über alternative Lösungsansätze des Freistaates Bayern. Der Kölner Erziehungswissenschaftler Rainer Strätz erläuterte, dass Qualität nicht zum Sparpreis zu haben sei. Und die Autoren des GTK-Kommentars, Erna Moskal und Sibrand Foerster, verwiesen auf ungenutzte Potenziale der gültigen Rechtslage. Lindner unterstrich, Veränderungen des KiTa-Finanzierungssystems dürften zudem nicht hinter verschlossenen Türen ausgedacht, sondern nach bayerischem Vorbild öffentlich diskutiert werden.



GRÜNE

Grüne Fraktion tagte im Grünen

Auf einer externen Fraktionssitzung der Grünen in Bad Lippspringe war diesmal der Nationalpark Senne wichtigstes Thema. Neben dem bereits realisierten Nationalpark Eifel soll ein zweiter in Ostwestfalen entstehen. Das Gebiet, das derzeit noch vom britischen Militär als Truppenübungsplatz genutzt wird, eignet sich nicht nur hervorragend zur Erholung für Menschen, sondern auch für die Wildschweine in NRW. Auch zahlreiche andere, teils bedrohte Arten wachsen, gedeihen und vermehren sich in der Senne, blühen in ihren unberührten Heidelandschaften. Nicht nur deshalb muss die Senne unter Naturschutz gestellt werden. Auch der Tourismus wird von diesen neuen Impulsen profitieren. Ein Nebeneinander von Truppenübung und Erholung hat in Großbritannien bereits Tradition. Zeit für NRW, daran anzuknüpfen! – Weitere Themen der Klausur waren Bildungs- und Wirtschaftspolitik.





Porträt der Woche: Dr. Stefan Grüll (FDP)

Was macht den Politiker aus? Der unbedingte Wille, sich um die öffentliche Sache zu kümmern? Wenn das die zulässige Definition eines Politikers ist, wird man Dr. Stefan Grüll als homo politicus bezeichnen dürfen. Denn der Wille, sich einzubringen, sich zu kümmern, mit zu bestimmen und – natürlich – mit zu entscheiden, das ist der wichtigste Antrieb des FDP-Abgeordneten Grüll, der seit 2000 im Landtag sitzt.

Das gilt im Kleinen wie im Großen. Das gilt für Hundeverordnung wie Medienpolitik, für Finanz- und Haushaltspolitik wie für die Innenpolitik. In diesem Sinn wird man Grüll bescheinigen können und müssen, dass er der klassische politische Generalist ist. Einer, der sich um alles kümmert. Einer, der öffentliche Wirkung erzielen will. Jemand halt, der führen will und diesen Anspruch auch stets geltend macht – ganz gleich, ob er dazu selbst aktiv wird, wie bei seiner jüngsten, durchaus erfolgreichen Kandidatur bei den Kommunalwahlen für das Landratsamt im Kreis Borken; oder ob er von dritten in die erste Reihe ge-



schoben werden soll, wie nach seinem Einzug in den Landtag im Jahr 2000 durch den damaligen FDP-Partei- und Fraktionschef Jürgen W. Möllemann; Oder ob er sich selbst dazu in Stellung bringt, wie bei seiner Kandidatur zum Fraktionsvorsitz im Landtag nach dem Rücktritt Möllemanns, die er knapp, aber kläglich verlor.

LIBERALER KOPF

Kläglich war diese Niederlage in doppelter Hinsicht: Sie traf zunächst Grüll selbst unerwartet und kann insofern als Beleg dafür gelten, dass der jung-dynamische 43-Jährige Mehrheiten und Diskurs in seiner Partei nicht immer realistisch bewertet. Kläglich aber auch für die FDP, weil die nicht übermäßig mit politischen Talenten ausgestattete liberale Partei, die unter Möllemann mit dem Anspruch antrat, Volkspartei werden zu wollen, sich mit der Ausgrenzung eines Kopfes aus ihrem sonst wenig profilierten Team von dem Ziel verabschiedet, Partei mit eigenem Anspruchs- und Inhaltsprofil zu sein und zurückkehrt zu ihrer alten Funktion als Mehrheitsbeschafferin.

Grüll verfügt bis heute über ausgezeichnete Kontakte zur intellektuellen Führung der Bundespartei und doch macht es der liberale Kopf sich und der FDP nicht eben leicht, miteinander zurecht zu kommen. Er hat es noch nie getan. Früher als andere ging er auf Distanz zu Jürgen W. Möllemann, der doch sein politischer Ziehvater war, als der mit dem Israel-

kritischen Wahlkampf-Flyer den Boden liberaler Politik in Richtung Populismus zu verlassen schien. Kein Zufall, dass gerade Grüll damals den FDP-Antrag „Jüdisches Leben in NRW“ schrieb.

Auch heute noch schwingt unüberhörbar Respekt, geradezu Zuneigung mit, wenn Grüll über seinen früheren Mentor spricht. Entschiedener als möglicherweise die Partei selbst, hält der Jurist an Möllemanns Volkspartei-Konzept und der Strategie der Eigenständigkeit fest. Er ist überzeugt, die FDP habe das Zeug zu mehr. Aus diesem Ansporn heraus veröffentlichte Grüll gemeinsam mit dem früheren Schatzmeister Andreas Reichel im Oktober 2003 den Aufruf „Freie Demokraten in der FDP“, ein Papier, das er angesichts der damaligen Lage der Partei für notwendig hielt. Den Titel würde er heute ändern. Eine Abspaltung, wie die Parteiführung unterstellte, war nie angestrebt. Dennoch tut sich seither die FDP mit dem führenden politischen Kopf noch ein wenig schwerer. Das gilt auch umgekehrt und dürfte wohl so bleiben. Gerade erst hat der Jesuitenschüler seine Kritik an der Haltung der FDP gegenüber dem als EU-Kommissar gescheiterten Italiener Buttiglione formuliert. Eine liberale Gesellschaft müsse nicht zwingend voller Liberaler sein, umschreibt Grüll sein Credo von Meinungsfreiheit.

An Rückzug denkt der gelernte Bankkaufmann und praktizierende Rechtsanwalt nicht. Im Gegenteil. Mit seiner Ehefrau ist Grüll gerade von Bonn nach Düsseldorf umgezogen und setzt damit zugleich zwei politische Signale: Er ist kampfbereit und dabei – wie das Borkener Ergebnis zeigt – auch erfolgreich. Kein Zweifel, Grüll will weiter Politik machen.

Thomas Seim

Guter Fußball für einen guten Zweck



Die Durststrecke des FC Landtag NRW ist vorerst beendet. Mit einem deutlichen 5:1 siegte die Mannschaft über das Prominenten-Team der Stadt Wuppertal mit dem früheren Bundesliga-Torjäger Günther Pröpfer.

Präsident Günter Langen und Coach Wolfgang Euteneuer ließen diesmal eine Mischung aus U-20 und Routiniers aufs Feld laufen. Das Zusammenwirken von jungem Gemüse und alten Hasen verlief so harmonisch, als ob man schon jahrelang miteinander kicken würde. So erlebten die zahlreichen Zuschauer guten Fußball für einen guten Zweck. Der Reinerlös des Matches geht an das Kinder-Hospiz in Wuppertal.

Der FCL ging durch Abwehrchef Wolfgang Euteneuer in Führung. Nach dem Ausgleich

der Wuppertaler dauerte es nicht lange, bis sich Ralf Jäger durchsetzte und die erneute Führung für den FCL erzielte. Noch vor dem Pausenpfiff hätten die Wuppertaler Promis ausgleichen können, denn ihnen wurde ein etwas zweifelhafter Elfer zugesprochen. Die einleuchtende Begründung des Schiedsrichters „Wenn Günther Pröpfer in Wuppertal im Strafraum fällt, gibt's immer Elfmeter“, ließ allerdings keinerlei Kritik an der Entscheidung gelten.

In der zweiten Halbzeit fiel dann die Entscheidung zugunsten des FCL. Werner Mayer gab sich selbst die Torvorlage und vollendete gekonnt. Das schönste Tor, das zum 4:1, war dann Jürgen Cosse vorbehalten. Das Endresultat zum 5:1 besorgte schließlich Bernd Heimfahrt.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Volontär: Axel Bäumer

Telefon (02 11) 884-23 03, 884-23 04, 884-23 09 und 884-25 45, Fax 884-30 70, pressestelle@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Helmut Stahl MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressesprecher; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Holger Schlienkamp (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz/Gestaltung/Layout:

h₂m Kommunikations-Agentur, Duisburg · www.h2-m.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH,

Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adresse: www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 11. bis 24. November 2004

11.11. Hans Günter Hafke (SPD)	(55)
11.11. Wolfgang Werner (SPD)	(55)
13.11. Dietrich Thiede (CDU)	(67)
14.11. Jürgen Thulke (SPD)	(66)
15.11. Gerhard Lorth (CDU)	(60)
15.11. Werner Bischoff (SPD)	(57)
17.11. Monika Brunert-Jetter (CDU)	(49)
22.11. Wolfgang Roth (SPD)	(55)
24.11. Karl-Heinz Haseloh (SPD)	(58)
24.11. Wolfgang Dietrich (CDU)	(53)

Jürgen Girgensohn (SPD), Landtagsabgeordneter von 1966 bis 1985 und NRW-Kultusminister von 1970 bis 1983, hat vor kurzem seinen 80. Geburtstag gefeiert. Girgensohn, in Kassel geboren und ausgebildeter Lehrer, trat im Kabinett Heinz Kühn nach der Landtagswahl 1970 als Nachfolger von Fritz Holthoff das Amt des nordrhein-westfälischen Kultusministers an. In seiner Amtszeit setzte sich der Politiker für die Verbesserung der Lage an den Grundschulen ein und gab die Richtlinien für den politischen Unterricht heraus. Die Stärkung der Mitwirkung im Schulwesen lag ihm ebenso am Herzen wie die integrierte Gesamtschule als Regelschule.

Ludger Audick verabschiedete sich nach 25 Jahren als landespolitischer Korrespondent der Ruhr-Nachrichten in den Ruhestand. In einer kleinen Feierstunde im Landtag wurde Audicks stets faire und kritische Arbeit als Journalist gewürdigt. Bei derselben Gelegenheit fand die Begrüßung von Audicks Nachfolger, Michael Fritsch, statt.

Josef Hovenjürgen (CDU), dessen Wahl zum Mitglied des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses im letzten Heft von „Landtag intern“ gemeldet wurde, ist nicht, wie dabei angegeben, rheinischer Landtagsabgeordneter aus Düsseldorf, sondern stammt aus Haltern am See, seinem Heimatort in Westfalen.

Angelika Marienfeld ist im Rang einer Staatssekretärin neue Leiterin der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei. In dieser Funktion löst die frühere Bevollmächtigte des Landes beim Bund den bisherigen Staatskanzleichef Wolfram Kuschke (SPD) ab.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 11. November 2004 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Großes Interesse ...

... weckte die Ausstellung „Dörfer in NRW - Wir gestalten unsere Zukunft“. Im Landtagsgebäude präsentierten sich die „Golddörfer“, die als Preisträger im Rahmen des Wettbewerbs „Unser Dorf soll schöner werden“ ausgezeichnet worden sind. Bei der Eröffnung nannte Landtagspräsident Ulrich Schmidt als Grund für die wachsende Attraktivität des ländlichen Raums, hier seien Gemeinsinn und ehrenamtliche Arbeit keine Worthülsen. Das Innenleben der Dörfer sei geprägt von einer Vielfalt geselliger, kultureller, sozialer und sportlicher Aktivitäten, an denen sich häufig das gesamte Dorf beteilige. Der Präsident dankte den Menschen, die sich in ihren Dörfern engagierten und sich für den Landes- und Bundeswettbewerb mächtig ins Zeug legten: „Der Landtag ist stolz auf Sie und Ihre Leistungen, mit denen Sie unser Land repräsentieren.“

Foto: Schälte